

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsgebern und in Kiosken erhältlich



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

9. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 11. Januar 1933 Nummer 9



## Bersärfärte Massenoffensive gegen den Imperialismus! Zur zehnjährigen Wiederteher des Zeitpunktes der Befekung des Ruhrgebietes

Von Ernst Thälmann

„Bereinigte Aktionen (des Proletariats) wenigstens der zivilisierten Länder sind eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.“  
(Kommunistisches Manifest)

Am der Schwelle des Kampfesjahres 1933, im Angesicht des zehnjährigen Jahrestages der Ruhrbesetzung durch die Armeen des Entente-Imperialismus (11. Januar 1923) liefern die kommunistischen Parteien Westeuropas eine erneute gewaltige Manifestation ihrer unerschütterlichen internationalen Offensive gegen die imperialistische Kriegspolitik der Bourgeoisie und den imperialistischen Verfassungskonflikt von Versailles. Die auf der vorwiegenden Tages- in Eilen fertiggestellten, von den kommunistischen Parteien Westeuropas befristeten Konferenzen gefassten Beschlüsse, Zeugnisse unzweifelhafter proletarischer Internationalismus, der Annäherung und Kampfesvorbereitung der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen der kapitalistischen Länder Europas gegen das Versailles-System, werden für die Propaganda und kommenden Aktionen unserer Partei von größter richtunggebender Bedeutung sein.

Neue Sturzkräfte hausnarrischer Verheerung, eine neue Welle nationalstiller Leidenschaften will die faschistische Bourgeoisie Deutschlands entfesseln, um ihre bevorstehende außenpolitische Niederlage und den Gangsieg in Genf, um das Risiko des „Gleichberechtigungsbetrages“ zu verschleiern und um ihre neuen Aufrüstungspläne, die Aufrüstungs- und Faschisierungsmaßnahmen im Innern („Reichsstaatsrat für Jugendberufshilfe“), die Militär- und Arbeitsdienstpläne usw. um so besser durchzuführen zu können. Die Bourgeoisie will von der sozialpolitischen Bedrückung und dem faschistischen Terror im Innern des Landes ablenken und die Aufmerksamkeit der werktätigen Volksmassen wieder härter auf den „äußeren Feind“ lenken.

in den letzten Dezembertagen im Danziger Hafen wieder nicht mehr zu übersehende Kriegsmächte und aggressive imperialistische Drohungen gegen Deutschland durchgeführt. — Im Fernen Osten hat der japanische Imperialismus eine blutige Kriegsoffensive zur weiteren Zerschlagung Chinas und zur Befreiung seiner geraubten mandchurischen Kolonien begonnen.

So stellt die internationale Lage, die Verschärfung der Weltkrisis, der in Deutschland sich immer deutlicher herauszubildende Brandherd neuer Kriegskonflikte auf dem europäischen Kontinent, so stellt die auch infolge der zunehmenden Aufspaltung nationalstiller Leidenschaften

### wachsende Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen andererseits

Die deutsche kommunistische Partei vor eine Reihe erweiterter, bisher verantwortungsvoller Aufgaben, die zu erfüllen die deutsche kommunistische Partei als härteste aller kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern besonders verpflichtet ist.

Das 12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale hat gerade angefangen die sich vollziehenden Ubergänge zu einer neuen Reihe großer Zusammenstöße zwischen den Klassen und den Staaten, zu einer neuen Reihe von Revolutionen und Kriegen und angefangen der Tatsache, daß die Kräfte bis zur Umwälzung der revolutionären Krise kurz bemessen sind, die besonders große Verantwortung der deutschen Partei vor dem internationalen Proletariat festzustellen.

Wenn wir daher, bei Beginn des Kampfesjahres 1933 — anlässlich der zehnjährigen Wiederteher des Tages der Ruhr-Offensive — unter dem Gesichtspunkt des proletarischen Internationalismus in eine nähere Betrachtung des Ruhrkrieges eintreten, so behandeln wir den Ruhrkrieg nicht nur als ein historisches Objekt, sondern als ein Ereignis von weitestgehender internationaler Bedeutung, das eine Fülle erweiterter und änderter gegenwärtiger Probleme des proletarischen Klassenkampfes, des großen Kampfes um die soziale und nationale Befreiung der Werktätigen in sich birgt. — Wir untersuchen um so gewissenhafter diese herrlichen Etappen des proletarischen Freiheitskampfes einem ersten bolschewistischen Studium, um auf breiterer Grundlage und an den selbstgemachten Erfahrungen zu lernen, die Welt nicht nur richtig zu interpretieren, sondern um sie um so schneller revolutionär zu verändern.

Der Ruhrkrieg hat dem internationalen Proletariat wertvolle Beseherungen seiner Erfahrungen gebracht über die Ursachen imperialistischer Kriege, über

und Doungplan in die Sadgasse geratenen Tributproblems darstellte, ist durch die Zahlungsforderung der USA, durch die Verweigerung des Moratoriums und durch die Weigerung Frankreichs und Belgiens zur Zahlung der fälligen Rote an Wallstreet praktisch annulliert worden. — Das führt einmal zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrisis, zu zunehmenden Erschütterungen des kapitalistischen Finanzsystems, besonders der Gläubigermacht, und zum anderen zu neuen schweren Tributfällen für das deutsche wirtschaftliche Volk, zu neuen entstehenden imperialistischen Abkommen gegen das deutsche Proletariat und die werktätigen Schichten.

Mit dem vom Schlieckerkabinett eingeschlagenen außenpolitischen Kurs, mit seiner härteren Frontstellung gegen Frankreich (Rundfunkrede) bekräftigt die Schleierregierung in weitgehendem Maße den von den Nazis seit Jahren projektierten Weg eines Bündnisvertrages mit Italien, England und einigen Donaustaaten. Die weiteren außenpolitischen Verbindungen und die Verschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes müssen anlässlich der Vertiefung der Wirtschaftskrisis und des wachsenden revolutionären Aufschwungs zu einer weiteren Verschärfung der Versailles-Krise führen.

Mit den Schlieckerischen Aufrüstungsplänen versucht die deutsche Bourgeoisie — ebenso wie die Paul Boncour in Frankreich und die Imperialisten Englands — den hausnarrischen Leidenschaften einen weiteren Auftrieb und der Kriegspolache weitere Nahrung zu geben.

Mit Hilfe der Genfer „Hünsmächte“-Konferenz, die wieder einmal eine Nebelwand von „Friedens-“ und „Abrüstungs“-Beteuerungen erstrahlt und Berge von Material aus „Freundschafts“-Erklärungen produziert,

verschärfen die Imperialisten ihre Kriegsmahnmahnen zur bewaffneten Austragung der Gegensätze untereinander.

Der polnische Imperialismus, der am Danziger Korridor immer drohender mit dem Säbel raselt, immer deutlicher seinen Okkupationsabsichten gegen Danzig, Memel usw. Ausdruck gibt, die deutschen Minderheiten verschärft unterdrückt, hat gerade

### Die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Feind im eigenen Land,

über die landesverräterische Rolle der Bourgeoisie in einem Kriege, über die sozial-hausnarrische Rolle der Sozialdemokratie und vor allem über die erfolgreichen antimilitaristischen Aktionen der deutschen, französischen und belgischen kommunistischen Jugendverbände unter Führung der kommunistischen Jugendinternationale. Die glänzende revolutionäre Tätigkeit der Jungkommunisten unter den Wehrmachtstruppen, die sich teilweise bereits offen mit den Rhein-Ruhr-Arbeitern verbundenen, ihren Offizieren den Gehorsam verweigerten und mit den Arbeitermassen zu gemeinsamen Kämpfen beteiligten, sind Ruhmsblätter in der Geschichte der internationalen Arbeiterjugend.

Der Ruhrkrieg und die im Jahre 1923 in Sachsen eingetretenen Ereignisse weisen darüber hinaus innerhalb der Partei und vor der deutschen Arbeiterklasse eine Reihe von Problemen auf, die von entscheidender Wichtigkeit für den proletarischen Freiheitskampf sind (Rolle der „linken“ SPD — Kommunismus und nationale Frage — Einheitsfrontpolitik — die Frage der Verbündeten usw.).

Die um die Jahreswende 1932/33 stattgefundenen internationalen Konferenzen der westeuropäischen kommunistischen Parteien und kommunistischen Jugendverbände in Eilen werden mit ihren offensiven Kampfbeschlüssen die Erinnerung an

Auf der ökonomischen Basis des Wachstums und der Verschärfung der kapitalistischen Krise sehen wir in allen kapitalistischen Ländern ein Anwachsen autarkischer Bestrebungen, die die Entfaltung einer nationalstiller Welle fördern, und auf deren Basis sich wiederum sowohl der Faschismus als auch die hausnarrischen Kriegsideologien entwickeln.

Mit dem vom 12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale festgestellten Ende der kapitalistischen Stabilisierung und angesichts des wachsenden revolutionären Aufschwungs wachen die Bestrebungen der Imperialisten, auf gewalttätigem Wege die ihrem Wirtschaftskrisis verfallenden Abfälle, Rohstoffe oder Verkehrsgebiete zu erobern, bestehende Untereinanderbeziehungen zu verschärfen (Versailles, St. Germain) bzw. auf Grund veränderter Machtpositionen und Bündnisverhältnisse sogenannte „Neutergelangen“ der Grenzen — in Wirklichkeit: imperialistische Annexionen und eine Neuverteilung der Welt — vorzunehmen. Hinter allen Operationen diplomatischer oder militärischer Formen dieser Art lauert mehr oder weniger offen die Absicht der Eroberungen vieler Angriffe bis zur offenen militärischen Intervention gegen die Sowjetunion.

Das immer härter balkanisierte Europa befindet sich heute in einer Lage, die in verschiedener Hinsicht gewisse Ähnlichkeiten mit der Situation von 1923 aufweist. — Schwolle Veränderungen der außen- und auch der innenpolitischen Lage können auf Grund des Grades der Krise und der äußersten Lage der Verhältnisse zu jeder Zeit eintreten.

### Die Politik der Versailler Häubermächte

Wird durch den Verlauf der Kriegsschuldregelung, durch die Zahlungsverweigerung Frankreichs und Belgiens gegenüber Amerika, durch die mit einem neuen, aggressiveren imperialistischen Kurs verbundene Bildung des Paul-Boncour-Kabinetts in Frankreich usw. erneut und verschärft das Problem der Tributverteilung Deutschlands aufstellen.

Das bisher noch nicht ratifizierte Lausanne-Abkommen, das den Versuch einer „Regelung“ des mit dem Dawes-

**Heute marschiert die Dresdner Klassenbewußte Arbeiterschaft gegen Versailler Knechtschaft und faschistische Diktatur!  
gegen Hunger und Frost, für Arbeit und Brot, für ein freies sozialistisches Deutschland!  
Antreten auf dem Hauptstellplatz (Schützenplatz) 17 Uhr. Folgt dem Rufe: In Massen heraus!**







ialismus  
g fort  
Januar 1933  
sische Armee gegen  
er chinesische  
r japanische Reich  
L. Der japanische  
hinesischen Völkern  
wader bewährtes  
und Eisenbahnen  
endes Signal zu

# Bannerträger der internationalen Solidarität

## Die französischen Kommunisten an das deutsche Proletariat zum 10. Jahrestag der Ruhrbesetzung

ebilla  
Madrid, 11. Januar  
breiter Rückzug  
Vor der letzten  
zwischen Belgien  
en, wobei zwei Pa  
den schwer verletz  
tungen vor.

Vor zehn Jahren fielen die Truppen des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet ein, um mit bewaffneter Gewalt die Zahlung der dem deutschen Volk durch den hoffnungslosen Versailles-Vertrag auferlegten Tribute zu erzwingen.

Während die imperialistische Partei Frankreichs, die sich seitdem offen für den Versailles-Vertrag ausspricht, der Regierung Poincaré damals freie Hand ließ, rief die kommunistische Partei Frankreichs die Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen die Ruhrbesetzung auf.

Angesichts zu Angesichts mit der französischen Bourgeoisie, die sich bemühte, die Arbeiterklasse unteres Landes vor den Siegeswagen zu spannen, und sie zu einer Säule ihrer Reparationspolitik und zum Instrument des schlimmsten Chauvinismus zu machen, erhob die kommunistische Partei Frankreichs hoch das Banner des proletarischen Internationalismus.

Vom Norden bis zum Süden, vom Westen bis zum Osten Frankreichs erlangten die Kampfparolen der kommunistischen Partei. Überall im Lande fanden Versammlungen und Massenkundgebungen statt, an denen deutsche Kommunisten teilnahmen.

Die von der Regierung aufgebundenen Kollaboranten antworteten eine zahlreiche Tätigkeit, die Soldaten der Besatzungstruppen die Lachen, wie die brutale Unterdrückung auf den Ruhrarbeitern laßte, und Zeugen davon waren, mit welcher Sorge der französische Generalstab Krupp von Solingen und die anderen Industriekontrollen umgab, legten

### glänzende Zeugnisse der internationalen Solidarität

mit ihren Arbeitsbrüdern von der Ruhr ab.

Die Klassenpolitik der gegen die französische Bourgeoisie vorgehenden KP Frankreichs zeigte dem deutschen Volk eindringlich, daß die französischen Arbeiter keineswegs Komplizen der Unterdrückung sind, die der französische Imperialismus sie dulden läßt.

Die mutige Tätigkeit der KP Frankreichs und der kommunistischen Jugend hat die Regierung Poincaré beträchtlich geblüht, die dafür den Apparat ihrer Klassenjustiz in Bewegung setzte.

Die Führer der Partei, Genosse Marcel Cachin an ihrer Spitze, wurden mit Hilfe der in Hamburg gefälschten Dokumente angeklagt, Verschwörungen angestiftet zu haben, was beweist, zu welchen Schmutzigkeiten die Bourgeoisie fähig ist. Die Funktionäre wurden wegen ihrer antimilitaristischen Tätigkeit von den Kriegengerichten verurteilt, während der Keneogat Fraillard, der seitlich zu einem Glanzlicht der Sozialdemokratie wurde, seine Reihen der KP verließ und zum Feinde überging.

Wenn die kommunistische Partei stand und steht immer gegen den Versailles-Vertrag. Ihre energische Stellung gegen die Ruhrbesetzung von damals wird durch ihren täglichen Kampf gegen die Verträge, die den imperialistischen Weltkrieg beschließen, fortgesetzt. Die Ereignisse von vor zehn Jahren zeigen anschaulich, welchen unermüdlichen Kampf die französischen Kommunisten gegen ihren eigenen Imperialismus führen, der durch seine Politik der unehrlichen Wiltungsbewegung und durch seine Führerrolle bei dem sozialdemokratischen Kreuzzug die Hauptgefahr für den Wiederausbruch des imperialistischen Krieges darstellt.

Wir französischen Kommunisten prägnant unermüdlich die militärische Politik Frankreichs an, wie auch die Herbeiführung von Kriegsmaterial.

Wir prägnant den „konstruktiven Plan“ an, der nur die Grundlage für den Weltfrieden abgibt.

Wir richten uns gegen die Reparationszahlungen durch das deutsche Volk, die von den Hochkapitalisten eingestrichelt werden.

### Kein Tribut — das ist die Parole, die wir überall in Stadt und Land verbreiten.

Wir richten uns gegen die französische Politik der Unterdrückung Polens, die sich gleichzeitig gegen das deutsche Volk richtet, dessen Land zerstört wurde, wie auch gegen die Komintern.

Wir richten uns gegen die französischen Umtriebe in Rumänien und Japan, die das doppelte Gesicht der französischen Regierung erkennen lassen, wie sie einerseits einen Nichtangriffspakt mit der Komintern unterschreibt und andererseits gleichzeitig die dunkelsten Wankenschriften gegen den ersten proletarischen Staat betreibt.

Wir richten uns gegen den Plan zur Racheleistung Oesterreichs durch den französischen Imperialismus.

Wir richten uns gegen die Unterdrückung, der das Volk von Elbehochbergen ausgeht ist, für das wir das freie Selbstbestimmungsrecht, einschließlich des Rechtes auf Trennung von Frankreich fordern.

Wenn die französische Bourgeoisie heute versucht, eine feindliche Stimmung gegen das deutsche Volk zu schaffen, indem sie die Forderung der „Sicherheit“ vorschleift und damit versucht, ihre ungeheure Rüstungspolitik zu rechtfertigen, so legt die KP Frankreichs alle Kräfte ein, um diese offiziellen Heuschrecken zu entlarven.

Die kommunistische Partei zeigt, daß die Sicherheit in dem Proletariat und der Bauernschaft Deutschlands beruht, die keinen Krieg wollen und deren Kampf für die soziale und nationale Befreiung sich mit dem Kampf verbindet, den die französischen Arbeiter gegen den Imperialismus ihres eigenen Landes führen.

Auf beiden Seiten der Grenze verurteilt die Bourgeoisie, den Klassenhök zu führen, aus dem sie Profit schlagen möchte. Wir antworten darauf, indem wir auch die Brüderhände entgegenstrecken, auch deutschen Arbeitern, die die kommunistische Partei ihres Landes zum Kampfe gegen die Regierung Schleicher und gegen die faschistischen Diktatorbanden führt, denen die deutsche Sozialdemokratie den Weg bereitet hat.

1871 hatte Blomard dem französischen bürgerlichen Vorkämpfer Thiers gehalten, die Pariser Kommune abzuwürgen. Heute ist das imperialistische Frankreich bereit, den Helfern des deutschen Volkes zu Hilfe zu eilen, um seine Revolten im Wege zu verhindern.

Sie wissen, daß ihr Elend das Folgebild der Hegemoniepolitik des französischen Imperialismus ist.

Sie rufen euch auf, den deutschen Faschismus durch den revolutionären Massenkampf zu vernichten.

Sie bereiten sich darauf vor, auch in euren Kämpfen noch wirksamer zu unterstützen, als vor zehn Jahren bei der Ruhrbesetzung.

Wieder mit dem Versailles-Vertrag, diesem Dokument zur Unterdrückung des deutschen Volkes und zur Ausbeutung des französischen Proletariats.

Wieder mit den Reparationszahlungen und Kriegsschulden!

Es lebe die Solidarität der Arbeiterschaft Deutschlands und Frankreichs!

Es lebe die KP Deutschlands, die Führerin der werktätigen Massen in ihrem Kampfe für die Befreiung des deutschen Volkes, für die Wiederverwirklichung des Reichsaufbaus, für die Errichtung der Sowjetmacht in Deutschland.

Es lebe die internationale Solidarität der ausgebeuteten Massen gegen die Bourgeoisie!

Das ZK der KP Frankreichs.

# Regierungsprovokation in Spanien

## Eisenbahnerstreik soll in Strömen Arbeiterblutes erstickt werden / Polizeigemeinel in Katalonien

Madrid, 10. Januar. Die brutale Unterdrückungs- und Verfolgungsmassnahmen der sozialdemokratisch-republikanischen Regierung haben zu schweren Straßenkämpfen in ganz Katalonien und zu großen Streiks in mehreren spanischen Städten geführt.

Seit Wochen bereiten die Eisenbahner einen großen Streik gegen die Hungerangriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung vor. Die Regierung Naranjo-Caballero organisierte bereits in den letzten Tagen große Provokationen, behauptete, sie hätte Bomben in verschiedenen Städten gefunden und hegte die Verfolgung gegen die kommunistische Partei ins unehrenhafte, da sie meinte, daß unter spanische Arbeiterpartei die Einheitsfront von Streik der Eisenbahner organisiert. Gleichzeitig bediente sich die Regierung anarchoidelemente als Provokateure gegen die Arbeiterklasse.

Nun ist es infolge dieser brutalen Unterdrückungsmassnahmen der Regierung in Barcelona zu großen Straßenkämpfen gekommen, die durch die Polizeikräfte provoziert worden waren. Polizeikräfte waren zu Tausenden in Barcelona zusammengezogen worden, angeblich, um einen „Aufruhr“ abzuwehren, in Wirklichkeit aber, um den Eisenbahnerstreik niederzuschlagen und die Welt zu terrorisieren. Baldig ohne jeden Anlaß erfüllte die Polizeibehörde einen Feuerangriff auf eine Menge von Arbeitern, die sich in den Straßen angeammelt hatten. Erst auf diesen Feuerüberfall hin sammelten sich die Arbeiter zu noch größeren Demonstrationen in den Straßen Barcelonas und strömten schließlich Carreraven, um sich gegen die blutdürstig brutale Verfolgung der Eisenbahner zu schützen. An der Polizeipalast und an

der Kasse kam es zu blutigen Kämpfen, in deren Verlauf zahlreiche Arbeiter ermordet wurden. Auf die Kunde von diesen blutigen Polizeigemeinlichkeiten hin legten die Verkehrsbetriebe und zahlreiche Betriebe und ein großer Teil der Eisenbahner die Arbeit nieder. Auch auf den Kanarischen Inseln trafen die Arbeiter auf die Nachricht von den blutigen Polizeiprozessionen der sozialdemokratisch-republikanischen Regierung in den Streik. Die Straße Madrid-Saragossa ist durch den Streik der Eisenbahner völlig stillgelegt worden. Die Zahl der Toten und Verwundeten, die außerordentlich hoch sein muß, steht bisher noch nicht fest. Die Regierung verteidigt sich wie vor verurteilbare Behauptungen von „kommunistischen Verschwörungen“, um auf diese Weise den Streik der Eisenbahner zu diskreditieren und ihn im Wege zu erstickten.

Das von der Regierung angeordnete Blutbad gegen die spanischen Arbeiter muß eine Protestnote unter dem ganzen internationalen Proletariat hervorrufen. Diese Regierung, die die monarchistischen Verächter erst in den letzten Tagen auf freien Fuß gelassen hat, diese deutschen Kofees wollen den spanischen Kapitalismus retten und lassen zu Hunderten die Arbeiter und Bauern niederfallen, die um ein Stückchen Brot zur Stillung ihres Hungers kämpfen. Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts“ sich übermäßig über das von der spanischen Regierung angeordnete Blutbad bedient und die Arbeiter beschuldigt, sie seien „von Kommunisten beherrscht“. Das deutsche Proletariat muß zeigen, daß es keinen spanischen Völkern in ihrem schweren Kampf um Brot und Freiheit in voller Solidarität zur Seite steht.

tionäre  
Jungmanns  
Kommunistische  
genb-Demokratie  
und der sozial  
es, die dem Pol  
denberge bei Bonn  
die von Franz  
partei demagogis  
die Frucht schlag  
die ihren Führer  
sien die große Sch  
esmalte aufzuerst  
Wahlkreis rü  
stigten Kamp

# Zwischen Tanks und Stacheldecht

WILLY HARZHEIM

## ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

### 2 Fortsetzung

Hört wieder aufmerksam dem Sprecher zu. Er kann aber den Zusammenhang der Ausführungen nicht verstehen, weiß nicht, was er von dem Gehörten und wie er es aufschreiben soll, er versucht, die Sätze, die ihm besonders wichtig erscheinen, aufzuschreiben. Wütten im Schreiben verzieht er das Gehörte. Er wozhen nur halbe Sätze:

„Die Ruhrbesetzung ist die Fortsetzung des Krieges, der...“  
„Wir Kommunisten sind die einzigen, die den Versailles-Vertrag...“

„Den französischen und belgischen Soldaten sagen...“  
„Antimilitaristischer Kampf gegen...“

Kubi Schweiffelt kann nicht mehr weiter schreiben. Eine hässliche Müdigkeit überfällt ihn. Er legt Papier und Bleistift auf den Tisch und geht in die Schantkne. In lustiger Unterhaltung steht er an jedem Tisch Jungen und Mädchen sitzen. Am ersten Tisch an der Tür, wo die Delegiertenausweise kontrolliert werden, ist die laute Unterhaltung. Kubi Schweiffelt gefasst sich dazu. Sofort bietet ihm ein großer junger Mann Schokolade an. „Alle an dem Tisch lauten Schokolade.“

„Wer ist das, der da spricht?“ fragt ihn der Große.  
„Das ist Genosse Kech, unser Delegierter.“  
„Der kann aber sprechen!“ lobt der Große und schaut durch die sich wieder öffnende Tür zum Tisch.  
Kubi Schweiffelt geht an die andere Tische. Stibitz hier und da ein Butterbrot, was, wenn es ihm gelingt, mit Lachen belohnt wird, geht an die Theke und bittet den Wirt um ein Glas Wasser. Jetzt glaubt er wieder frisch zu sein. Er geht leise zu dem Saal hinein. Blickt nach, wie der Große Zigaretten raucht. Als er sich zurücksetzt, leuchtet der Genosse Kech den Schlagloch: „Kampf gegen die französischen und deutschen Kapitalisten Kampf gegen Stinnes und Louchet!“

Karl Kersch steht auf und fragt: „Genossen, wer meldest dich zur Diskussion?“

Er fragt es wiederholt aus der hinteren Stahlecke Reden ein leiser Beifall und geht nach vorn. Verlegen und trotzig spricht er die ersten Sätze. Kugelgerg nimmt er die Notizblätter von einer Hand in die andere, perflüstert dann mit einer weiten Geste seine Hände hinterm Rücken und hängt sehr laut und schnell zu sprechen an. Kubi Schweiffelt hört nicht, was der Beifall über die Reden der Krupp berichtet. Er hört nur das Herausprallen der Sätze und das prallende Gefühl, der Rederling könne plötzlich in seiner Rede stehen bleiben. Er stellt einen Vergleich an mit der ruhigen Sprechweise des Genossen Kech. „Schaut zu dem Tisch hinter, um in das Gesicht von Kech zu blicken. Kech hat nicht mehr am Tisch, auch seine Unterlippe liegt nicht mehr auf dem Stuhl.“

Der Rederling von Krupp geht auf seinen Platz zurück. Er sagt halblaut sein Wort: „Ich möchte das Wort!“

Der Genosse Stanz Hallig als Vertreter der Jungarbeiter von Jakob Mathias Stinnes hat das Wort! meldet ihm Karl Kersch an.

### Wo ist Kech?

Kubi Schweiffelt wartet gespannt auf Halligs Sprechen. „Kubi“ ruft er nach hinten. Dort ist es unruhig geworden. Er blickt Hallig in die Augen. Der schaut nach hinten auf die Sozialisten. Kubi Schweiffelt dreht sich ängstlich um. „Verdammt, nur ich doch ruhig!“ wollte er rufen, aber er zusammen. Einige Männer sind durch die hintere Saaltür hereingekommen und haben sich auf die Stühle gestellt. Sie halten Revolver in den Händen und rufen: „Hände hoch! Alles Hände hoch!“ Einer von den Männern, ein dunkler, schwarzhaariger, steht auf einem Tisch und ruft: „Ruhig bleiben, ruhig bleiben! Euch geschieht nichts, nur sagen, wo ist Kech?“ Alle Delegierten haben die Hände hochgehoben. Kubi Schweiffelt wird hin- und hergeschoben. Reden ihm ruf einer: „Bluthandel!“

„Ruhig bleiben, ruhig bleiben!“ denkt Kubi Schweiffelt, und ruft es dann auch. Wird dabei selbst ruhig. Er schaut sich nach Hallig um, den er nirgends sieht. Wäglisch steht Karl Kersch neben ihm und lächelt, ihm zu: „Hier hat kein Kech gesprochen, verheißt? Weiterlegen!“

Kubi Schweiffelt zwängt sich zwischen umgefallene Stühle und verängstete Genossen. Sagt zu jedem: „Wir kennen keinen Kech!“ hat hier nicht gesprochen!“ Er kommt in die Nähe des Tisches, worauf der Schwarze steht, mit dem Revolver herumfuchelt und immer wieder ruft: „Wo ist Kech?“

„Wir kennen keinen Kech!“ ruft Kubi Schweiffelt.  
Der Schwarze dreht sich um, will stehen, wie es gerufen hat.  
„Wir kennen keinen Kech!“ wird da von überall gerufen.

„Wir werden ihn schon finden!“ droht der Schwarze. „Los, Vorkontrollen!“ Er springt vom Tisch. Zwei Männer folgen ihm. Sie gehen zur nordwestlichen Ecke, die zur Schantkne führt, öffnen sie und rufen den Soldaten, welche die Ausgänge bewachen, französische Worte zu.

„Alles zurück!“ Er röhrt die an der Theke stehenden vor die Brust, packt Tische und Stühle zusammen und haut mit ihnen eine schmale Gasse. An ihrem Anfang steht er sich auf, macht eine Armbewegung: „Alles vorwärts!“ und unterläßt die notgedrungenen Väter. Die anderen drei Männer stehen drei Schritte entfernt. Die Genossen, deren Volk unterdrückt worden ist, werden von den zwei Männern am ganzen Körper abgetastet. Die ohnehin Vorkontrollen werden von den Soldaten abgetastet und müssen draußen auf ein Vakuum steigen. Vorher werden sie vor dem großen jungen Mann, der an der Tür die Schokolade und Zigaretten verteilt hatte, hingestellt. Der blinzelt jeden Kopf an, schüttelt den Kopf und ruft dem Schwarzen zu: „Rein, ist nicht hier, so einen kleinen Schänder.“ Er zeigt mit zwei Fingern unter seine Knie.

Die Vorkontrollen verlaufen langsam. Kubi Schweiffelt kehrt neben Karl Kersch, der mit ängstlichem Gesicht den Schwarzen beobachtet. Ohne seinen Kopf zu wenden, sagt er zu Kubi: „Wir werden sie bestimmt festhalten. Meinen Namen haben sie auch und die haben hoch gehalten, wie ich am Tisch stand. So ein Scheiß!“

Kur noch einige Delegierte stehen vor ihnen. Eine Minute dann ist er an der Reihe. Kurz vor dem Schwarzen stellt Kubi Schweiffelt sich dicht hinter Karl Kersch, um zu sehen, was wird. Karl Kersch gibt dem Schwarzen seinen zusammengeschalteten Vorkontrollen. Der Schwarze faltet ihn auseinander und hält ihn an sein furchtbares Auge. Er bemerkt, daß er den Vorkontrollen in den Händen hält. Dreht ihn um, dabei macht seine erwiderte Bewegung einen tiefen Krampf. „Mon Dieu, plus, was ist das?“ schimpft er und schüttelt angefaßt mit dem ausgestreckten linken Arm den Vorkontrollen. Karl Kersch guckt verständnislos den Schindler an. Der Schwarze dreht ihn den Vorkontrollen zwei Akzentpunkte um, schubt ihn nach vorn. Das Abtauchen führt, Karl Kersch nicht.

(Fortsetzung folgt)







thet, die...  
 heulen au...  
 gegen...  
 Kunden...  
 Schokolade...  
 packte Ziga...  
 u. Weinbäder...  
 d. u. Friseur...  
 H...  
 Kauft bald...  
 Lichtspiele...  
 Thoms & Garis...  
 U. Warshawski...  
 lornitz...  
 d. Wöhner...

Hauptbesten fallen Waffnungen der branderischen Partei...  
 während der Ruhrbesetzung.

**unseren bolschewistischen Standpunkt zum Problem der nationalen Befreiung**

unter die Massen zu tragen. Es war z. B. tiefer Opportunismus und eine glatte Verfälschung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, wenn die Brandlerischen durch den Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte unmittelbar nach der Ruhrbesetzung in Massenflugblättern den Standpunkt vertrat,

„die deutsche Nation könne nur dann vom Untergang gerettet werden, wenn es den wertvollsten Massen gelingt, die landesverräterischen Ausbeute niederzuwerfen und die Kosten der Reparationszahlungen aus ihren Profiten so lange zu leisten (1) ...“

Bis — man höre und staune nun weiter —

„bis es möglich ist, ... mit Hilfe eines Abwehrbündes der Deutschen, österreichischen, russischen Arbeiter und Bauernschaft und mit Hilfe der unterdrückten Arbeiter und Bauern in Indien und Ägypten (1) eine kampffähige Abwehrfront gegen die übermächtigen Friedensmächte (1) von Versailles zu führen.“

Diese durch und durch reformistische Konzeption der Brandlerischen, so lange die Tributzahlung zu erfüllen, bis — ein Abwehrbündnis und eine „kampffähige Abwehrfront“ sogar mit den angestrebten Wertigkeiten erreicht sei, entsprach einer der Sozialdemokratischen verwandten Ideologie und äußerte sich sogar in einem ernst gemeinten Appell der Brandlerischen

„an die deutsche Bourgeoisie, wenigstens laien Patriotismus aufzubringen, um die Kosten der Tributzahlungen so lang auf sich zu nehmen, bis es möglich gewesen wäre ...“ usw.

Man muß sich heute noch wundern, welches Ansehen die deutschen Sozialdemokraten bei unseren Brandlerischen genossen und welchen „nationalistischen Opfermut“ sie diesen profit- und deutungsartigen Angelegern abverlangten nach jenen!

**Gegen alle rechtsopportunistischen Verfälschungen unserer internationalen Beschlüsse**

**Verfälschungen unserer internationalen Beschlüsse**

ansukampfen auf der Basis unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms und der Anti-Versailles-Diplomatie, wird eine ebenso unerlässliche Aufgabe sein, wie gegen die brandlerischen Thesen aus dem Jahre 1923 zu kämpfen, die vom „Sieg des Faschismus über die Rooseveltrepublik“ sprachen, die ferner einen

„Bund mit der linken SPD zum Zwecke der Eroberung der Macht (1) auch einseitigen auf demokratischem Wege“ (1) (Brandlers Thesen)

vorschlugen, praktisch auch durchführten und an der Oktoberniederlage des deutschen Proletariats mitschuldig wurden. — Im Kampfe gegen alle diese rechtsopportunistischen Verfälschungen, gegen opportunistische Heberthe (z. B. in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes) und gegen jegliche trotskistische Tendenzen, muß unsere Partei wachsen und sich innerlich festigen, um ihre Schlagkraft in den kommenden Kämpfen zu erhöhen und zu verfestigen.

VII.

Gemäß den schmerzlichen Beschlüssen der Internationalen Konferenz in Wien vom Januar 1923 wird die Kommunistische Partei Deutschlands eine breite Massenoffensive gegen die Schlichterpolitik, gegen die neuen sozialreaktionären Attentate (Margarineversteuern, Zollwucher usw.), gegen die neuen Raubmaßnahmen an den Unterdrückten usw. führen und den energiegelassen Kampf gegen die Kriegs-, Falschwertungs-, Militärleistungs- und Tributpolitik führen.

Es gilt, die jetzt besonders mit sozialer Verbrämung emporgetrugene chauvinistische Welle entscheidend zu brechen, den nationalstolischen Ruhrbesetzungsummel, insbesondere den nationalstolischen „Anti-Versailles“-Krieg, zu entlarven, unsere Offensive in die Kultungs-

betriebe hineinzutragen, eine breite antimilitaristische Massenoffensive gegen die verhängnisvollen Kriegsmassnahmen der Imperialisten in Danzig, Memel usw. durchzuführen.

Wir kämpfen mit der Kommunistischen Partei Polens für das Recht der freien Selbstbestimmung der Bevölkerung Oberschlesiens und des polnischen Korridor, für das Recht der Danziger Bevölkerung zum freiwilligen Anschluß an Deutschland. Mit großem Stolz verweisen wir auf den Beschluß der Internationalen Konferenz vom Januar 1923, zu kämpfen gegen die Verhaftung der Arbeiter und nationalen Widerkämpfer in der Tschekoslowakei, gegen die Entziehung des österreichischen Volkes ... für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Wir fordern die zur Vorkommung von Frankreich für die Befreiung des Saargebietes von imperialistischer Besetzung.

Wir müssen: Unser Kampf um die Befreiung der Werkstätten ist kein leichter! Wie die zaristischen Banditen Lenin als „deutscher Spion“ und als „Vandensperter“ zu inhamieren versuchten, wie die deutsche Bourgeoisie während des letzten Welt-

krieges unsere tapferen Genossen um Liebkecht und Rosa Luxemburg als „Vandensperter“ und „Dolchstößler“ beschimpfte, so wird die deutsche Bourgeoisie ihre Antirungen verärfen, unsere Partei als eine „ausländische“ hinstellen, unsere Genossen als „Vandensperter“ zu inhamieren und sie als „strebende Agenten“ zu verleumden.

Wir kennen diesen Jargon aus Genüge aus den vergangenen Kämpfen des internationalen Proletariats. Vor kurzem hat noch ein führendes deutsches Industriellenblatt, die „Kölnische Volks-Zeitung“, die Verhaftung führender deutscher Kommunisten verlangt, weil sie — zum Vorkommen der deutschen Geschäftspatrioten — im Ausland (1) gegen den Versailles-Vertrag austraten und dabei auch — was für einen proletarischen Internationalisten selbstverständlich ist — die kriegspolitischen Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie entlarzten.

Wenn wir Kommunisten gerade jetzt erneut unsere Kampf-

**gegen die Imperialisten, gegen Versailles Knechtschaft,**

denn wollen wir auf ein Wort Lenins hinweisen, das einem am 20. August 1918 an die amerikanischen Arbeiter geschriebenen Brief entnommen ist. Lenin sagte dort über die Sowjetunion, über das Land, das die Tributverträge zertrü:

„Das erste Land, das die Zwangseisen des imperialistischen Krieges zertrü hat, war unser Land. Wir haben die schlimmsten Opfer gebracht, um die Fesseln zu sprengen, aber wir haben sie gesprengt. Wir stehen außerhalb des imperialistischen Verpflichtungen, wir enthalten vor der ganzen Welt das Banner des Kampfes für den völligen Sturz des Imperialismus.“

Und zwei Jahre später, auf einer Konferenz der Vorstehenden des Kreis-Exekutivkomitees und der Dorfkomitees des Moskauer Gouvernements schloß Lenin abermals seinen Kampf gegen den Versailles Raubvertrag „von Räubern und Räubern“, aber gleichzeitig an Hand der legitimen russischen Revolution den Weg der Zerstörung des Versailles Vertrags aufzuzeigen:

„Der Versailles Vertrag aber ist ein Vertrag von Räubern und Räubern. Als von der Frieden von Brest-Litowsk ausgegangen wurde, unter dessen Joch wir uns so lange befanden, da schrie man in der ganzen Welt, das sei ein Raubvertrage. Als Deutschland besieg war, da schrie der Völkerbund, dessen Mitglieder gegen Deutschland gekämpft hatten, das sei ein Befreiungskrieg, ein demokratischer Krieg gewesen.“

**So zeigt uns Lenin die Marschroute:**

**Der Weg zur nationalen Befreiung**

geht nur über den Weg der Machtergreifung durch das Proletariat, im Bunde mit den werttätigen Schichten, er geht nur über den Weg der sozialen Befreiung

Der Kommunismus ist in Deutschland, dieser Massenbewegung Europas, bereits zu einem Machtfaktor von unvorstellbarer Kraft geworden. Jeder Tag beweist erneut die Unfähigkeit und das Unvermögen der Bourgeoisie, die Klassenlinie zu bauen und die widerstrebenden Interessen seiner einzelnen Gruppen zu vereinen. Um so größer wächst die Verantwortung der Kommunistischen Partei und jedes ihres Mitgliedes!

In brüderlichen Kampfbündnis mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, in enger Verbunden-

heit mit allen deutschen Werttätigen, in solidarischer Kampferbundenheit mit den Proletariern Frankreichs, Polens, Belgiens und Italiens, über die Trümmer und Asche des Versailles Raubvertrages hinweg, vorwärts zur sozialen und nationalen Befreiung der deutschen Werttätigen!

**Vorwärts auf dem Wege zur Arbeiter- und Bauernrepublik!**

**Trotz allem „Ankurbelungs“-Geschrei:**

**Die Hungerarmee wird immer größer!**

Weit über neun Millionen Arbeitslose. Fast sechs Millionen „offiziell“ zugegeben

Berlin, 11. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Sieben wird der Bericht über die Not der Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Eine Armee von 169 000 Arbeitern, Angestellten und Beamten ist zu dem Heer der Arbeitslosen getreten. Offiziell wird die Gesamt-Arbeitslosenzahl mit 5 778 000 angegeben. Die tatsächliche Zahl beträgt aber weit über neun Millionen und Schlechters Arbeit bezieht nicht in der Arbeitslosenzahl, sondern wirkt sich so aus, daß die Not des Proletariats immer größer wird.

mit gegen die Kräfte überhaupt ankämpfen will, sie dann in geschlossener Front kämpfen muß gegen das kapitalistische System, welches die Arbeitslosigkeit hervorbringt.

Nediglich im Lande der Arbeiter und Bauern, in der Sowjetunion, gibt es keine Erwerbslosigkeit.

Daran wird und muß Sockens Arbeiterkämpfe beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Hunger und Frost, für Freiheit, Brot und Sozialismus denken!

**Steigende Arbeitslosenziffern auch in Sachsen**

Nach den am 8. Januar veröffentlichten Zahlen des Landesamtes Sachsen ist die Arbeitslosenziffer in Sachsen in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember 1932 erneut gestiegen. Es sind zur Zeit 701 000 Arbeitssuchende in Sachsen vorhanden. Damit wird selbst noch der Stand im Dezember des Jahres 1931 um 25 798 oder 3,6 Prozent übertraffen.

Das Landesamtsamt trägt sich damit, daß die Spanne zwischen August 1931 und 1932 noch 28 Prozent betragen habe. Diese Wechsung steht nicht, läßt sie doch völlig außer acht, daß inzwischen eine „Reinigung“ großer Teile in der Arbeitslosen- und Kräfteunterstützung hat und beträchtliche Teile der Erwerbslosen ausgeschlossen wurden.

Dieser Teil, der entweder Wohlfahrtsunterstützung oder meist auch gar keinerlei Unterstützung mehr erhält, erscheint in den Zahlen des Landesamtes nicht.

Es ist eine schon längst bekannte Erfahrung, daß die von der öffentlichen Seite veröffentlichten Zahlen den wirklichen Umfang der Erwerbslosigkeit keineswegs nahekommen. Nach dem in den offiziellen Zahlen erneut zum Ausdruck kommenden Bemerk der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, der Krise Herr zu werden, verliert es das Landesamtsamt Sachsen mit Prophezeiungen und meint, daß es aller Voraussicht nach zum Sommer hin besser werden würde.

Die Arbeiterkämpfe aber wird sich auf keine Verzögerungen und Prophezeiungen einlassen. Sie ist sich darüber klar, daß, wenn sie erfolgreich gegen die Arbeitslosigkeit und da-

**Leipziger SPD-Polizeipräsident verbietet**

den Hungeraufmarsch der Erwerbslosen

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner hat für das Gebiet von Leipzig ErwerbslosenDemonstrationen verboten. Obgleich das Verbot sich auf eine Beschränkung bezieht, ist doch der Fortschritt der Begründung so abgefaßt, daß damit ein generelles Verbot auch für später schon vorbereitet ist.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident beruft sich bei den Ausführendbestimmungen, die er zu diesem Ausführendverbot herausgegeben hat, auf ein Gesetz vom 28. Januar 1833 (1).

Während unter dem Massenruf das Demonstrationsoerbot

im Reich aufgehoben wurde, verbietet der Sozialdemokrat Fleißner erneut Versammlungen. Er gibt der Bourgeoisie ein neues Beispiel — die Sozialdemokratie ist Schrittmacher neuer reaktionärer Maßnahmen. Die Unterdrückung der Erwerbslosenbewegung ist eine Aktion für die Bourgeoisie gegen die hungernden Massen. Sie ist die Stillstellung eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gegen die verhängnisvolle Mobilisierung der Erwerbslosen und deren gesteigerten Kampf gegen Hunger und Frost!

Jetzt den sozialdemokratischen Erwerbslosen und der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterkämpfe, wie hier ihr Polizeipräsident im Interesse des Kapitals gegen die Erwerbslosen auftritt. Gegen die Forderungen, gegen die Forderungen der Sozialdemokratie tritt der sozialdemokratische Polizeipräsident nicht so auf. Die Verbände dürfen immer wieder aufmarschieren. Darin erweist sich die Sozialdemokratie erneut allzu deutlich und trefflich als Wegbereiterin des Faschismus und seiner Vorbereitungen.

**Zarftkündigungen im Berliner Möbeltransport-Gewerbe**

Berlin, 11. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Im Berliner Möbeltransportgewerbe ist der Lohn- und Manteltarif zum 28. 2. 1933 durch die Unternehmer gestrichelt worden.

**Verfahren gegen Friedrich Wolf und Frau Kienle eingeleitet**

Stuttgart, 11. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen unsere Genossen Friedrich Wolf und Frau Kienle eingeleitet.

**Ueberfallversuch der Nazibanditen**

auf eine KPD-Versammlung zurückgeschlagen

Berlin, 11. Januar 1933

Gestern abend fand im Saalbau Friedrichshagen eine von mehr als 3000 Personen besuchte öffentliche Versammlung der KPD statt. Kurz vor Eröffnung der Versammlung marschierten 400 SA-Männer mit Pistolen, Schlagringen und sonstigen Mordwerkzeugen schwer bewaffnet an, die sofort unter Warnung von Tränengasbomben sich gewalttätig Einlass in den Saal verschaffen wollten. Die angreifenden SA-Banden wurden aber durch das energische Vorgehen des proletarischen Massenbewegung daran gehindert. Die braunen Wegelagerer zogen sich daraufhin in das Dunkel der Friedrichshagenanlagen zurück und erschickten eine wilde Schiere auf Passanten, während andere Kaptruppen mit Schlagringen und Messern auf einzelne Arbeiter einschlugen. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt. Die zurückgeschlagenen Nazitruppen versuchten dann in den Straßen von Nord-Ost ihren Terror fortzusetzen, wobei es zu einer ganzen Reihe von Zusammenstößen kam. Diese wohl vorbereiteten Naziprozessionen sind für

die revolutionären Arbeiter ein mahnendes Zeichen zur Sicherung aller Veranstaltungen, zum Ausbau und zur höchsten Alarmbereitschaft des roten Massenbewegungen!

**Rote Einheitsliste fliegt**

Bei der Betriebsrätewahl am Staatsfai erhielt bei den unabhängig beschäftigten Hafenarbeitern die rote Liste 401 Stimmen gegen 342 Stimmen im Jahre 1931. Die Reformisten 357 Stimmen gegen 422.

Dieser neue Sieg der roten Einheitsliste muß ein Knapturn sein, mit verstärkter Kraft an die Aufstellung roter Einheitslisten in allen Betrieben heranzugehen.

**Hitler der Feldwebel des „sozialen“ Generals**

Er zücht Herrn Schleicher die braune Front aus

Berlin, 11. Januar.

Hitler ist gestern eigens zu dem Zweck nach Berlin gekommen, um dem Nazi-Reichstagspräsidenten Göring die Instruktionen zu geben, im Reichstag — falls er am 24. 1. zusammentritt — eine entscheidende Abstimmung gegen die Resolution und ihre reaktionären Beschlüsse nicht zuzulassen.



# Ruhrbefetzung vor zehn Jahren

Am 11. Januar 1923 — vor zehn Jahren — marschierten die Truppen des französischen Imperialismus im Ruhrgebiet ein. Zwei Divisionen Infanterie, Kavallerie, Artillerie mit Tanks, Kanonen und Flugzeugen besetzten Oberhausen, Mülheim und Essen und bis zum 15. Januar das ganze Ruhrgebiet.

## Mit Tanks und Kanonen um Kohle und Koks

Hinter diesem Ruhrmarsch stand vor allem das Comité des forges, die französische Schwerindustrie und ihre Motive waren: der Profit und der Haß gegen den Bolschewismus.

Vor dem Weltkrieg 1914/18 hatte Frankreich eine Koks-Produktion von fünf Millionen Tonnen. Nach dem Kriege erhielt Frankreich durch den Versailler Vertrag Lothringen und die Bergung über das Saargebiet und damit das Eisenerz dieser Gebiete. Für die nun erhöhte Koksenerzeugung von 11 Millionen Tonnen brauchte Frankreich aber auch mehr Kohle; es hatte sechs Millionen Tonnen Koks und brauchte für die elf Millionen Tonnen Koks 13 Millionen Tonnen Kohle. Die fehlenden sieben Millionen Tonnen Kohle mußten aus dem kohlereichen Ruhrgebiet importiert werden. Im Versailler Vertrag waren deshalb auf Betreiben des Comité des forges auch deutsche Reparationslieferungen von Kohlen vorgesehen.

Das französische Kapital wollte sich die Kohlenlieferungen für die Hüttenindustrie zu günstigen Bedingungen sichern und betrieb deshalb die Bildung eines französisch-deutschen Montan-Trusts unter französischer Führung. Damit wollte der französische Imperialismus sich auch eine ökonomische Grundlage für seine Vorherrschaft in Europa schaffen.

Die deutsche Schwerindustrie war der Bildung eines solchen Trusts keineswegs abgeneigt, aber der ihr zugesagte Anteil an den Profitten schien ihr zu gering.

Die Verhandlungen der französischen und deutschen Schwerindustriellen hatten deshalb kein Ergebnis. Als nun Frankreich den Versailler Vertrag und seine Bestimmungen über Abgabe von Reparationskohle rücksichtslos handhabte, weigerte sich Deutschland, die Reparationskohle zu liefern.

Das nahm der französische und belgische Imperialismus zum Anlaß, um das Ruhrgebiet zu besetzen. Der wirtschaftliche Zweck der Besetzung für das französische Kapital war, die Ruhrregion gewaltsam in Besitz zu nehmen. Darüber hinaus ging es der französischen Bourgeoisie darum, die Ruhrarbeiterkraft, die einen der Hauptstämme der revolutionären Bewegung in Deutschland darstellte, endgültig niedergumerwen, einen rheinischen Vorkriegsstand „selbständig“ unter französischer Patronat zu schaffen. Süddeutschland vom Reich loszulösen, einen Korridor bis zur UdSSR herzustellen und schließlich an der Spitze des ganzen kapitalistischen Europas eine militärische Intervention gegen die Sowjetunion durchzuführen.

## Die französische und deutsche Schwerindustrie streift um den Anteil an den Profitten

Die deutsche Bourgeoisie proklamierte beim Ruhrmarsch den passiven Widerstand. Die schwerindustrielle „Deutsche Wälder Zeitung“ (vom 14. Januar 1923) schrieb:

„Wenn aber weder Verhandlungen noch Waffengewalt möglich sind, wie soll man den eingebrungenen Feind wieder los werden? Hier bietet sich nur... der Weg der systematischen Sabotage...“

Im Saargebiet und Rheinland hat sich die französische Fremdherrschaft bereits als ein prächtiger Zuchtwort für die deutschen Nationalisten bewährt. Dort werden auch in sozialdemokratischen Arbeiterversammlungen nationale Liebesgebeten und Reden, die die „internationale Brüderlichkeit“ betonen, kommen höher nicht aus den besetzten Gebieten.“

Der deutschen Bourgeoisie kam es somit darauf an, die Arbeitermassen, speziell mit Hilfe der Sozialdemokratie, vor den kapitalistischen Wägen zu spannen, nationalitätlos, sozialistisch einzuschleifen.

Als die französischen Besatzungsbehörden am 21. Januar mehrere rheinisch-westfälische Maschinenbauer und Direktoren (Thoben, Tengelmann u. a.) verhafteten, um durch diesen Druck eine Verständigung über den Profittanteil bei dem geplanten französisch-deutschen Montantrust zu bewirken, wurden die Verhafteten in der Kapitalistenpresse als „nationale Märtyrer“ ausposaunt. Es ging eben den Thoben & Co. ausgezöhnet.

Ein einziger der Industrieharone erhielt ein Jahr Gefängnis — mit Straußlauf und er brauchte die Strafe nie abzuhängen. Alle hohen Gerichtshofen wurden sofort freigelassen. Krupp hatte in Düsseldorf nach seiner Verhaftung ein prächtliches Leben wie immer, er konferierte mit seinen Direktoren und hatte sein übliches Dinner und Souper mit Kauler und Selt. Aber die wegen des von der deutschen Regierung angeordneten passiven Widerstandes verhafteten Arbeiter, Angestellten, Gläubiger, über 1000 Arbeitende, denen ging es verdammt schlecht.

## Faschistische Provokateure

Zur nationalitätlichen Ablenkung und Entstellung der Massen wurden planmäßig von dem Kapital faschistische Elemente eingesetzt. Es waren Leute, die zu den Deutschhässlichen (Wulle) und zu den reaktionären Rühnen gehörten und auch von Hitler waren ein paar Mann dabei. Sie machten Individualaktionen und zweifelhafte Sprengungen und bewirkten Provokationen und solche Zusammenstöße (in Essen u. a. O.), daß dabei Arbeiter getötet wurden und gleichzeitig die proletarische Massenbewegung geschwächt wurde.

Als eine Abteilung französische Truppen diese Automobillagerde bei Krupp besetzten, entstellten die faschistischen Agenten Krupp unter revolutionären Parolen Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Soldaten. Der französische Offizier wieder gab in nationalitätlicher Brutalität den Befehl zum Schießen und elf Arbeiter wurden getötet und 32 verwundet. Die nationalitätlichen Kruppischen Direktoren befanden sich natürlich weit vom Schuß.

## Jede Sozialdemokratie mit ihren Kapitalisten

Wie 1914/18 im Weltkrieg die Sozialdemokratie eines jeden Landes mit ihrem Kapitalismus durch die und dann ging, so auch 1923 bei der Ruhrbesetzung.

Der Ruhrmarsch des französischen und belgischen Imperialismus wurde reiflos unterstützt von der französischen und belgischen Sozialdemokratie. So erklärte der belgische sozialdemokratische Führer Wandersolde Anfang Januar 1923 im Parlament:

„Wir Himmen entschlossen wie ein Mann darin überein, daß unter Schuldenanspruch, ebenso wie der französische und

italienische, heilige Schuldenprüche sind, die von Deutschland bezahlt werden müssen.“

Ein anderer prominenter „Sozialist“, der belgische Abgeordnete René Branquarte, sagte:

„Wenn uns die Besetzung des Ruhrgebietes etwas einbringt, bin ich bereit, diesen Konflikt zu unterschreiben. Wenn ich mich der deutschen Schandtat der Deportierung, der Verbannter Bevölkerung erinnere, habe ich nicht den Mut, zu sagen, man möge nicht in das Ruhrgebiet gehen, um den Feinden keine Sorge zu machen.“

Die deutsche Sozialdemokratie wieder besorgte im besonderen die Geschäfte des deutschen Kapitals und bemühte sich mit allen möglichen Manövern, nationalitätliche Brände zu entfachen. So hielt Salmann, der Kölner SPD-Führer, in Tübingen (Württemberg) eine Rede, von der die nationalitätliche „Württembergische Zeitung“ begeistert schrieb:

„Da vielen deutsche Worte, die man aus dem Munde des Rheinländers hören wollte... und es war erstreulich und bedeutungsvoll, einen rheinischen Arbeiterführer das Befehlen zum deutschen Vaterland so uneingeschränkt und überzeugend treu ablegen zu hören... Auch deutsches Kapital und Arbeiter wußte er verständnisvoll in diesen ersten Tagen gegenüber dem raubgierigen französischen militärischen Kapitalismus als untrennlich zusammengehendend zu bezeichnen.“

Der Kanzler Cuno war ja auch vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten ernannt worden.

Die Sozialdemokratie machte sich im Verlauf der Ruhrkriege hüben wie drüben auch jede Stellungnahme, jede Aktion der Kapitalisten zueigen und unterstützte sie nachdrücklich.

## Proletarischer Internationalismus der Kommunisten

Der Kampf und die Stellung der Kommunisten wird am besten gekennzeichnet durch den Aufruf, den die Kommunistische Internationale und das Volksbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) anlässlich des Blutbades in Essen erließen und in dem erklärt wurde:

„Sowohl für Poincaré wie für Cuno sind die blutigen Ereignisse in Essen willkommene Ereignisse. Sie müssen die Arbeiter des Ruhrgebietes und die französischen Soldaten gegeneinanderhetzen, sie müssen die Verbrüderung der französischen und deutschen Arbeiter des internationalen Kapitals verhindern.“

Die nationalitätliche Herge der Deutschen Bourgeoisie ist ein Haß; es ist sicher, daß die Bourgeoisie weiterhin versuchen wird, sich zu verständigen, und wenn ein Teil der Arbeiterkraft, verführt von den nationalitätlichen Phrasen der Bourgeoisie, im Kampfe für sie streifen wird, nicht jagen wird, diesen hinterläß zu erschaffen.

Das Blut der von den Augen französischer Soldaten getauener Essener Arbeiter darf das französische und das deutsche Proletariat nicht trennen. Im Gegenteil: das Blut der ermordeten Proletarier im Ruhrgebiet soll uns zusammenschweißen zu einer einzigen kämpfenden Armee.

Arbeiter Deutschlands! Arbeiter des Ruhrgebietes!... Durch Verbrüderung mit den französischen Soldaten werdet ihr die ein-

heitliche revolutionäre Kampffront gegen den internationalen Kapitalismus schaffen.“

In diesem Sinne veröffentlichte die Kommunistische Partei Frankreichs eine Erklärung, in der es hieß:

„Die Kommunistische Partei Frankreichs macht für die Verbündeten (Blutbad in Essen) nicht die jungen französischen Arbeiter und Bauern verantwortlich, die von Poincaré zu Poincaré, von ihrem Kommandanten aufgewiegelt und irregulär werden. Sie ruft ihnen zu, daß die deutschen Arbeiter Arbeiter sind, und daß beide einen gemeinsamen Feind haben und das französische Hüttenkomité (Comité des forges Cuno und Poincaré). Angesichts dieser neuen barbarischen Forderung der KP, Frankreichs die gesamte Arbeiterkraft anzuheben, um die Forderungen zu sichern: Räumung des Ruhrgebietes, Annaherung des Versailler Friedensvertrages.“

Die Kommunisten in Deutschland erklärten den Arbeiter ihren Kampf gegen den französischen Imperialismus, gegen das Comité des forges und den Vertrag von Versailles nur als Erfolg sein konnte als Kampf gleichzeitig gegen die deutschen Kapitalisten, gegen die Thobens, Krupp und gegen Cuno. Das Ruhrproletariat hat an Stelle der rühmlichen Ausdauer die proletarische Herrschaft geübt und damit den Vertrag von Versailles beseitigt.

## Massenstreiks gegen Thyssen und das Comité des forges, gegen Cuno und Poincaré

Die Ruhrarbeiter erkannten bald, daß die Kommunisten recht hatten, wenn sie die Arbeiter zum Kampf gegen das eigene und gegen das ausländische Kapital aufriefen.

Am 1. Mai erschienen Kampfaufmärsche in deutscher und französischer Sprache, die sich an die deutschen Arbeiter und französischen Soldaten richteten. Trotz aller Maßnahmen der Besatzungsbehörden kam es zu großen Demonstrationen. In Bochum wurden die französischen Soldaten am 1. Mai streng in den Kasernen zurückgehalten wurden, kam es zu zahlreichen Verbrüderungsaktionen. Ausgelöst durch die wachsende Not der Bergarbeiter, durch die Hungertätigkeit, durch steigende Arbeitslosigkeit und Inflation kam es zu großen Streiks in Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen u. a. O.

In Dortmund lag die deutsche Polizei auf die streikenden demonstrierenden Bergarbeiter, von denen einer getötet und elf verletzt wurden. Ein Streik der Empörung ging durch das Ruhrgebiet. Die Streikbewegung verläuft sich. In Dortmund wurde trotz der heftigen Sabotage der UDBS-Bürokratie am 12. Mai der Generalstreik von den Betrieben beschloffen und durchgeführt und 40 000 Arbeiter demonstrierten. Die Arbeiter entmännelten in den folgenden Tagen die pan der deutschen Bourgeoisie und der SPD- und UDBS-Führung unter Zustimmung der französischen Behörden geäußerte Bürgerwehr und Feuerwehr und bildeten in Gelsenkirchen eine proletarische Sicherheitswehr. Am 27. Mai fanden im Ruhrgebiet 200 000 Bergarbeiter und 60 000 Metallarbeiter im Streik.

Mitte August 1923 wurde durch den allgemeinen Generalstreik in Deutschland die Reichsregierung, deren Kanzler Cuno war, gestürzt.

## Regierungspräsident Lutterbeck an General Denvignes

Die erbärmliche Rolle der deutschen Bourgeoisie trat immer offener zum Vorschein. Kennzeichnend dafür ist der Brief des Düsseldorf Regierungspräsidenten Dr. Lutterbeck an den französischen Besatzungsgeneral Denvignes. In dem Dokument heißt es:

„Die Entwidlung der Dinge am 23. und 24. Mai in Gelsenkirchen zeigt aber, daß der Kommunismus es nicht bei der in Ruhrgebiet eingetretene Wendung belassen will...“

Wenn Frankreich diese Umtriebe weiter duldet, so kommt es nur allzu leicht in den Verdacht, als ob Frankreich die Schwächung der deutschen Autorität im Ruhrgebiet um jeden Preis, selbst um den Preis der die gesamteuropäische Zivilisation bedrohenden Aufrichtung einer Fäpelschicht in Ruhrgebiet herbeiführen will. Das Spiel, das hier gespielt wird, hat keine Gefahren für Frankreich sich selbst.

Der Herr Ministerpräsident Poincaré hat in den letzten Tagen dem sozialistischen Abgeordneten Aurial erklärt, daß Zwischenfälle bei einer Besetzung keineswegs unvermeidlich seien, z. B. seien im Jahre 1871/72 in Frankreich keine Zwischenfälle vorgekommen. Aus diesem Anlaß muß ich daran erinnern, daß damals bei dem Kommunismus das deutsche Oberkommando den französischen Behörden jedes entgegenkommen zum Zwecke der Niederwerfung des Aufstandes in verständnisvoller Weise gezeigt hat. Das Gleiche muß ich auch hier fordern.

Ich erlaube deshalb um grundsätzliche Billigung der Entsendung von Schutzpolizei aus den Städten Düsseldorf, Duisburg und Hamborn nach den gefährdeten Stellen des Ruhrgebietes.“ Der französische General genehmigte die Forderung Lutterbecks und gemeinsam patrouillierten französische Mil.-Arbeitskräfte mit deutschen Schutzpolizisten durch die Arbeiterkolonien, wiederholt

wie in Bochum und Gelsenkirchen wurde gegen die Arbeiter unerschütterlich vorgegangen. In Bochum wurden am 26. und 19. Arbeiter getötet und 107 verwundet. Im August wurden 200 000 Bergarbeiter von den Unternehmern ausgeperrt, in Höhe zu kürzen.

Wie die Bourgeoisie, so ihre Sozialdemokratie, die damalige preußische Innenminister Seeberting nicht funktionslos verhalten. Die UDBS-Führer (Graham) hätten in einem Aufruf, die Faschisten seien keine Gefahr gegen die Kommunisten und verurteilten, eine „Sozialistepolizei“ gegen Arbeiter einzusetzen.

Das Cuno folgende Kabinett des Volksparteilers Schumann, in dem mehrere SPD-Minister lagen, brach dann am 28. September 1923 den passiven Widerstand im Ruhrgebiet ab. Die deutschen Kapitalisten und ihre Sozialdemokratischen Führer die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und gab die brutale gegen die deutschen Arbeiter vor, um aus dem noch mehr Profite herauszuquetschen.

## Die Lehren des Ruhrkampfes

Für die Kommunisten und für die Arbeiter gilt es, die Lehren aus dem Ruhrkampf zu ziehen. Sie sind gerade jetzt von besonderer Bedeutung.

Die damalige Führung der KPD, unter Brandler und Thiemer hatte die Rolle der kommunistischen Partei als der treuen Kraft im Befreiungskampfe des Proletariats unterschätzt nicht die Notwendigkeit der Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates erkannt; sie erkannte die Bedeutung des nationalen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse nicht. Fähte andererseits nicht den notwendigen Kampf gegen die nationalitätlichen Abteilungen. Statt einer revolutionären Heftfrontpolitik machte sie Bündnispolitik mit der Sozialdemokratie und machte parlamentarischen Austausch mit SPD-Führern statt des Klassenkampfes für die Arbeiter- und Bauernregierung, für die Herrschaft der Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei hat aus ihren Fehlern gelernt und vermerkt die Erfahrungen des Ruhrkampfes für die jetzige Situation. Heute steht die Situation im Ruhrgebiet der verzerrten imperialistischen Gegensätze und der Bedrohung der Sowjetunion. Der Versailler Vertrag, in dem die imperialistischen Regierungen Deutschland immer mehr verstrickt hat, heiligt alle imperialistischen Spannungen, insbesondere zwischen Deutschland und Polen bzw. Frankreich. Die deutschen Kapitalisten denken mit Unterstützung der UDBS-Führer die Arbeiter rücksichtslos aus, bauen die Löhne und Unterhaltungsab. Die Schleicher-Regierung hält mit Hilfe der Hitlerbewegung und der SPD-Führer die Arbeiter nieder und verläßt sie nationalitätlich, imperialistisch einzuschleifen.

Nur die Kommunistische Partei entfaltet das Kampfproletarischen Internationalismus. Am 31. Oktober 1923 erklärte der Führer der KPD,

Genosse Ernst Thälmann, in Paris auf einer Kiewer Versammlung der französischen Arbeiter Er proklamierte hier und einige Tage später im Berliner Reichspalast unter der befehlenden Regelleitung der Arbeiter den Kampf gegen Kapital, Faschismus und imperialistische Kriegspolitik für die Verteidigung der UdSSR, gegen den kapitalistischen Weltkrieg im eigenen Lande, für die soziale und nationale Befreiung des Kampfbundes der französischen, deutschen und polnischen Arbeiter, für die Arbeiter- und Bauern-

Bella  
Mitwoch  
112 00  
193  
Kata  
Die Jahr  
für das Jahr  
— im Gegen  
gegenüber den  
fert. Wie man  
ist der Ausla  
gangen, müß  
weiter jugend  
in den Gefäß  
Nach Tre  
gangstrie des  
der revolution  
wird eine Be  
wicklung im  
Das letzte  
neue wird le  
Wit der Wä  
lungen den  
die arbeitete  
Stadtkommiss  
1922. Die be  
dena qualifize  
demokratisch  
Kampf gegen  
Mit d  
Das Jahr  
gleich. In  
Kathaus spiel  
von Vorkriegs  
gen, Kundgeb  
Empörung der  
nur zum größ  
maßen auch  
Stadtparlament  
Liederlusten u  
besitzen.  
In den E  
Die Komm  
Internat  
sozialist  
Kämpfer, die  
Beihilfe für a  
ausgewelt, daß  
Millionäre u  
über hinaus  
Besitzer der  
Im Jahre  
In derselben  
den alle einm  
morde dürften  
450 Selbstm  
lichen Verleu  
Hilfskraft De  
sche Arbeit  
nen Markt  
Millionen M  
Verleihen de  
Kriegsmaterie  
Die Deut  
deutlicher  
Steigende  
schließen der  
Lohn, steigend  
von 1922.  
Der Aus  
Arbeiter und  
Markt wurden  
Kaufzahlungen  
Leistung der  
ten unersch  
28 M  
Diese ung  
sonderer Jima  
Bürgermeiste  
Si  
jetzt in  
Bilder d  
Jede 3  
erhalte  
Die 12  
werden

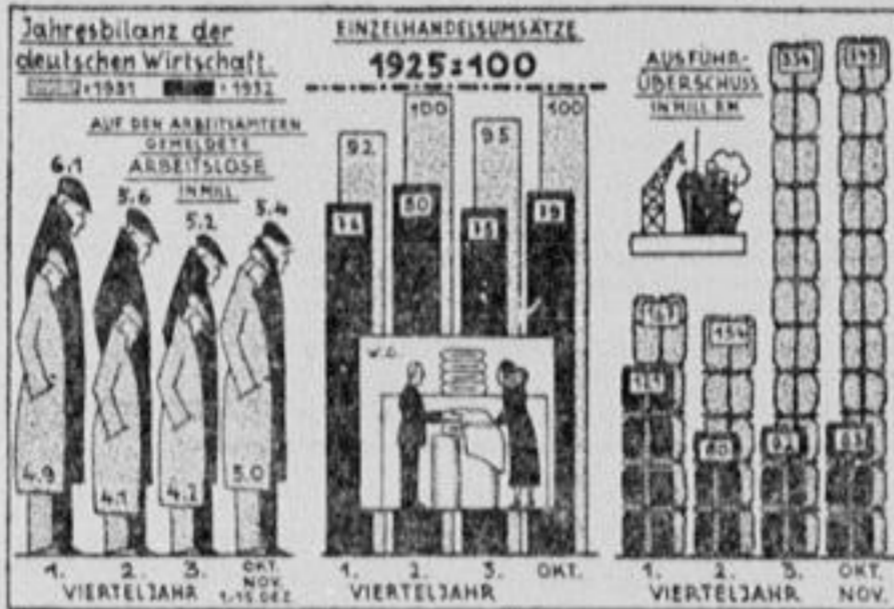


# Hungerbilanz Dresden 1932

## 112 000 Dresdner hungern . Steigende Selbstmordziffern . Vohrraub in städtischen Betrieben 1933 neuer Unterstühtungsraub . Verstärkt den Abwehrkampf unter Führung der KPD!

### Katastrophenjahr 1932 in der deutschen Wirtschaft

Die Jahresbilanz der deutschen Wirtschaft für das Jahr 1932 weist keinen Gewinn auf — im Gegenteil, überall hat sich die Lage gegenüber dem Vorjahre erheblich verschlechtert. Wie man aus letztem Schulbild ersieht, ist der Ausfuhrüberschuss gewaltig zurückgegangen, während die Zahl der Arbeitslosen weiter zugenommen hat. Auch die Umsätze in den Geschäften sind beträchtlich gesunken.



Alle diese reaktionären Maßnahmen werden auch 1933 ihre verschärfte Anwendung durch den Dresdner Rat erfahren. Und alle diese Lasten werden auf die Schultern der Dresdner Werktätigen gewälzt.

#### Trübe Statistik

Am 1. Januar befanden sich in Dresden 112 293 Arbeitslose. Nur 10 686 werden aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung unterstützt. 20 349 Personen erhalten Krisenunterstützung und die übrigen bekommen Härtegeld. Demgegenüber sind nur 267 Stellen zur Vermittlung freigeworden. Seit vier Jahren steigt die Kurve der Arbeitslosen unaufhaltsam. Ganze Berufsgebiete liegen brach und immer wieder werden neue Kräfte aus dem Produktionsprozess herausgeworfen. Dagegen geht man verächtlich zur Organisation und Durchführung des Arbeitsdienstes über. Die herrschende Klasse versucht sich mit allen Mitteln auf Kosten der Erwerbslosen zu sanieren. Viele Klänge müssen durch aktiven revolutionären Kampf durchkreuzt werden!

#### Dresden auf Kampfbahnen!

Der Ueberflus aus den städtischen Werken beträgt 18 Millionen Mark. Über die Auswirkungen machen sich katastrophal bemerkbar. Die Straßenbahnen sind überfüllt. Auf den Straßen wird der Dreck nicht vollständig weggebracht. Die Wohlfahrtsämter mehren sich in erschreckendem Maße. Die Wohlfahrtsämter sind überfüllt und in den Arbeiterbezirken wüten Hunger und Frost.

Genug gehungert! Schluss mit dem Abbau! Das ist die Parole des werktätigen Dresdens. Das Jahr 1933 muß dem arbeitervindlichen Rat zeigen, daß das Dresden mit seinen 60 000 kommunalistischen Wählern noch härter und mutiger gegen Hunger und Frost, gegen Lohn- und Unterstühtungsraub, gegen die schändliche Hungerbilanz kämpft!

Starkeiert heute unter Führung der KPD zur Massen-demonstration in Dresden!

Auch Dresden hat unter dieser Niedergangskurve des Kapitalismus zu leiden. Seit der revolutionäre Ausweg der Arbeiterschaft wird eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung im sozialistischen Sinne erzwungen.

Das letzte Stadtparlament ist dahin. Das neue wird keine Tätigkeit bald aufnehmen. Mit der Ablehnung der Forderungen der hungernden Erwerbslosen Dresdens schloß die arbeitervindliche Fraktion der Dresdner Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1932. Die betragenen Erwerbslosen Dresdens qualifizierten die Jahresbilanz des sozialdemokratisch-bürgerlichen Rates Dresdens mit dem verstärkten Kampf gegen Hunger und Frost.

#### Mit dem vorhandenen Ueberflus verhöhnt

Das Jahr 1932 war für Dresden ein Hungerjahr sondergleichen. In Wohlfahrtsämtern, auf dem Arbeitsamt und im Rathaus spielten sich die erschütterndsten Szenen ab. Eine Fülle von Protestdelegationen, die zum Oberbürgermeister Rühl gingen, Kundgebungen und Demonstrationen brachten die wachsende Empörung der Erwerbslosen zum Ausdruck. Man lehnte nicht nur zum größten Teil die Forderungen der Notleidenden ab, sie wurden auch noch verhöhnt. Die Kommunisten forderten im Stadtparlament immer und immer wieder die Auslieferung des Ueberflusses von Kohlen und Kartoffeln an die, die nichts davon besitzen.

In den Speichern sind tausende Zentner Kartoffeln und Kohlen aufgeschapelt.

Die Kommunisten fordern: Heraus damit! Im Stadtparlament könnte man in trauriger Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten gegen die kommunalistischen Kartelle, die Kartoffeln, Kohlen, warmes Essen und finanzielle Beihilfe für alle Hungernden verlangten. Demgegenüber sei festzustellen, daß unter Antrag auf Befreiung der 39 Dresdner Millionen aus derselben Einheitsfront abgesehen wurde. Darüber hinaus spielte sich ganz besonders die SPD-Fraktion als Beschützer der Millionäre aus.

#### Wehr Sterbefälle als Geburten

Im Jahre 1932 wurden in Dresden 5816 Kinder geboren. In derselben Zeit sind 7328 Sterbefälle zu verzeichnen. Wir haben also einen Sterbeüberschuss von 1412 Personen. Die Selbstmorde dürften in Dresden etwa die Zahl 400—450 erreichen. 450 Selbstmorde! Das Zeichen einer fortgeschrittenen wirtschaftlichen Verfallung. Dafür hat aber die Bauhand für die Neubehausung Dresden 2,6 Millionen Aktienkapital und die Chemische Fabrik Heyden AG hat ein Aktienkapital von 13,7 Millionen Mark. J.B.-Kron hat ebenfalls ein Aktienkapital von 15 Millionen Mark und wirt 4 Taus. Trolchende aus. Von beiden Betrieben behauptet sich hartnäckig das Gerücht, daß sie teilweise Kriegsmaterial produzieren.

Die Dresdner Flughafen-Gesellschaft erhielt unter ausbreidlicher Zustimmung der SPD-Fraktion 10 000 Mark von der Stadt Dresden.

Steigende Selbstmordziffer, Abnahme der Bevölkerung, An-schwellen der Erwerbslosigkeit, Geburtenrückgang, Sterbeüberschuss, steigendes Elend, Abbau, Abbau — das ist die Bilanz von 1932.

#### Ueberflüsse — aber Lohnabbau!

Der Rat plant, seine Lohnabbaupolitik gegen die städtischen Arbeiter und Beamten noch härter fortzusetzen. 4,7 Millionen Mark wurden vom Dresdner Rat durch Drückselungen der Gehaltszahlungen „eingespart“. Natürlich mußte sich die Arbeit-sleistung der um 36 Prozent abgebauten unteren städtischen Beamten unerwartet erhöhen.

#### 28 Millionen in zwei Jahren „eingespart“

Diese ungeheure Summe sparte der Dresdner Rat unter be-sonderer Finanzleitung des damaligen SPD- und jetzigen Raj-bürgermeisters Dr. Böhner an dem Dresdner Etat ein. Selbst-

verhändlich wurde diese Summe zuerst aus den Sozialausgaben herausgeholt. Weiter erfolgte ein handig wachsender Lohnraub in den Kommunalbetrieben. Städtische Arbeiter und Angestellte wurden entlassen. So erfolgte die „Einsparung“!

Durch verkehrte Spekulationen des Bürgermeisters Dr. Böhner, dessen Ablehnung die KPD-Fraktion mehrfach verlangte, sollen der Stadt übrigens 15 Millionen Mark verloren gegangen sein.

## 80 Zimmer stehen neun Monate leer!

### Wohnungslose, Ernütherte, marschieren unter Führung der KPD heute zur Massendemonstration

Während täglich Profitorientierten, weil sie zufolge lang-jähriger Erwerbslosigkeit und der kümmerlichen Unterhaltungen nicht in der Lage sind, die Miete für ihre Wohnung aufzubrin-gen, ernüthert werden, haben in Dresden Tausende von Woh-nungen leer. Wir nagelten diesen Skandal bereits mehrmals an. Seit man aber die innere Stadt durch, so findet man, so weit das Auge reicht, überall an den Fenstern der höchsten Etagen Jettel mit der Aufschrift: „Ganze Etage, geteilt über im ganzen, zu vermieten!“ Kommt man in die Vororte, so ist der Skandal noch schlimmer. Hier stehen ganze Villen nicht nur seit Tagen und Wochen, sondern seit Monaten, ja, seit fast Jahren, leer. Am tollsten ist das Beispiel vom Wiener Platz.

#### Drei Häuser völlig leer.

Zwei Vorderhäuser und ein Gartenhaus mit 80 hellen, luftigen, sonnigen Zimmern stehen hier bereits seit 1. April vorigen Jahres, also neun Monate außer Benutzung. Niemand findet sich als Mieter. Während die erwerbslosen ernütherten Familien brutal auseinandergerissen, in verschiedenen Stadt-teilen einzeln untergebracht werden, während teilweise Erwerbs-lose sogar überhaupt keine Unterkunft haben, und bei aller Kälte, selbst auf die Gefahr der Infektionskrankheiten durch die Polizei, im Hofen kompliziert, sind 80 Zimmer unbenutzt. Dieser Skandal kann nicht laut genug in die Welt hinausgeschrien werden.

Sagt es allen ernütherten und wohnungslosen Klassen-ge-nossen, Tausende von Wohnungen stehen leer, weil die kapita-listische Gesellschaftsordnung nicht danach fragt, wird der Raum gebraucht, sondern nur danach fragt, wer kann bezahlen. Der herrschenden Klasse ist es gleichgültig, ob auf diese Weise die Ge-sundheit vernichtet wird. Zeigt euren Willen zur Beseitigung die-ses Systems, zur Rettung eurer Existenz, durch Eingliederung in die rote Klassenfront unter Führung der KPD.

### „Geistige Winterhilfe“ macht auch satt!

In dem Kirchenblätchen der St. Pauli-Kirche, Nr. 1, 1933, ist folgendes zu lesen: „Erwerbslose, Achtung! Hunger leiden tut weh. Es gibt aber auch geistigen Hunger nach Nahrung für Gemüt und Herz. Viele Erwerbslose scheinen gar nicht zu wissen, daß ihnen die Städtische Böhmer, Theaterstraße 11, wochentäglich ihren gutgeheilten Reliquar von 10—2 und 4—8 Uhr zur Ver-wendung öffnet. Dort können auch Bücher entliehen werden, die man drei Wochen behalten kann. Auch die Tuchhandlung Ju-

lius Kaufmann, Scheffelstraße 16, verleiht an Erwerbslose Bücher. Die Erwerbslosen können gegen ganz geringes Entgelt Bücherleihen und Reliquar benutzen. Als Ausweis sind Ein-wohnschein und Stempelkarte vorzulegen. Wir hoffen, mit diesem Hinweis namentlich jüngeren unter ihrer Erwerbslosig-keit endlich lebenden Menschen einen Dienst zu tun. Die Winterhilfe.“

Oh wie müßig! Wenn der Erwerbslose auch nichts zu freuen hat — dafür gibt man die Winterhilfe in Form von relligösen Schulern. Die Erwerbslosen aber müssen durch Ver-breitung der revolutionären Literatur und Presse das geistige Gift der Kirche unschädlich machen.

### Mißstände im Betrieb Ostar Viehisch

(Arbeiterkorrespondenz)

Im Betrieb Ostar Viehisch, Dresden-N., arbeiten etwa 10 Arbeiterinnen und Arbeiter. Waldraum, Garberobe und Früh-rückstube befinden sich in einem Raum. Als Anfangslohn werden für alle — ob Ältere oder jugendliche Arbeiter — gleich — ganze 20 Pfennig bezahlt. Die Stundenlöhner werden von dem Fräulein Hoch vollständig zu erhöhter Arbeitsleistung angetrieben. Die Frauen müssen Männerarbeit verrichten. Trotzdem die Ge-werbeaufsicht schon einmal den Betrieb beäugt hat, ist nichts geändert worden. Die Belegschaft muß, geküht auf ihre eigene Kraft, in dem Betrieb 12 1/2 Uhr Ordnung schaffen.

#### Einbruch in ein Fabrikfontan

In der Nacht zum 8. Januar drangen Unbekannte in ein Fabrikfontan in der Frühelstraße ein. Die Täter durchsuchten die elterne Fensterritterung und ertraben im Kontor einen Schreihül. Es fiel ihnen ein Geldbetrag von circa 60 Mark in die Hände.

#### Ein Fahrradwunder festgenommen

Durch die Aufmerksamkeit des Publikums wurde am 3. Ja-nuar ein Fahrrad auf frischer Tat erwischt und der Polizei übergeben. Durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei wurden dem Festgenommenen, einem 27 Jahre alten Arbeiter aus Dres-den, insgesamt 15 Fahrradkliebläbe nachgewiesen. Die Räder hatte der Täter bereits verkauft. Sie wurden sämtlich wieder herbeigeschafft und den Geldbüdigen ausgehändigt.

#### Mit dem Hade gestürzt.

Auf der Gottfried-Keller-Straße ist gestern mittag gegen 13 Uhr ein bis jetzt noch unbekannter Radfahrer gestürzt und hat sich einen Schädelbruch zugezogen.

# Sie finden

jetzt in jeder 6 Stück-Packung **CLUB** zu 20 Pfg. ein Bromsilberbild: ZEPPELIN WELTFAHRTEN. Die 265 Bilder der Serie liegen den Packungen gleichmäßig sortiert bei; Sammel-Listen sind beim Händler erhältlich.

Jede 3 Stück-Packung **CLUB** zu 10 Pfg. enthält einen Zeppelin-Gutschein. Für 40 Zeppelin-Gutscheine erhalten Sie 24 verschiedene Bilder, so daß Sie die Sammlung sehr rasch vervollständigen können.

Die 12 Stück-Gesellschafts-Packung **CLUB** zu 40 Pfg. enthält zwei Bilder und einen Gutschein. Gutscheine werden auch gegen reich ausgestattete Sammel-Alben oder Spezial-Betrachtungs-Apparate eingelöst.

Tauschzentrale: Bilderstelle Lohse, Dresden-A. 24, Nossener Straße 1



# Kohlenhalden brennen —



Aber Protesten führen hungernd und feternd in ihren elenden Höhlen. Werktätige, macht Schluch mit diesem Schicksal! Hinweg in die rote Klassenfront! Erscheinung in den sechs großen Klassenversammlungen am Freitag, dem 13. Januar

- im Dreifaltigkeit, Dresden-Lößnitz
- im Kletterheim, Dresden-Mittstadt, Friedrichstraße
- in Wahren, Dresden-Mittstadt, Dresden-Ritten
- im Volkshaus, Dresden-Neustadt, Langener Straße
- in Hammer's Hotel, Dresden-Strieschen
- im Gasthof Leuben, Dresden-Verden

Dort sprechen die Vorsitzende des Internationalen Bundes, Hugo Göhl, RDA; Olga Körner, Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses, RDA; außerdem Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete der Kommunistischen Partei.

# Der Bürgermeister von Seiffhennersdorf macht mobil!

## Heberfallkommando gegen Hungernde

Nur die KPD kämpft gegen Hunger und Frost. Kämpft in roter Klassenfront für den Sozialismus

(Arbeiterkorrespondenz 1108)

Die Seiffhennersdorfer Erwerbslosen demonstrieren für ihre Winterhilfsforderungen und setzen das neugewählte Gemeindevorstandskollegium unter Druck. Der Bürgermeister läßt aus Zittern ein Heberfallkommando kommen.

Am Montag, dem 9. Januar, fand in Seiffhennersdorf, einer Arbeiterwohnortsgemeinde, wo sich annähernd 2000 Erwerbslose befinden, die zweite Demonstration statt. Unter dem Gelände revolutionärer Rieder und weithin hallenden Sprechchören zogen die Erwerbslosen durch den Ort, immer begleitet von dem Heberfallkommando. Auf dem Rathausplatz boten sich nach und nach 200 Personen einfinden. Der Genosse Führer gibt den Erwerbslosen die Winterhilfsforderungen bekannt, welche am selben Abend zur ersten Gemeindevorstandssitzung zur Beratung kommen. Unter dem Druck der Massen muß der Bürgermeister mit der Delegation verhandeln. 19.30 Uhr fand die erste Gemeindevorstandssitzung statt. Wiederum spreizte eine Schammasse das Rathaus vor den hungernden Massen ab. Bis die Anträge der KPD-Fraktion zur Beratung kamen, stellte von unten den Gemeindevorstand der Gesang der Internationale in die Ohren. Der Antrag der KPD ging durch und 200 Personen strömten in den Rathausaal, Präsidiumswahl. Gewählt wird in trauriger Gemeinschaft zwischen Bürgern und Nazis der bisherige Gemeindevorstandsvorsitzer Ohmann mit zwölf Stimmen. Der SPD-Mann, Gemeindevorstandsvorsitzender Böhler, erhielt vier Stimmen und der Genosse Führer fünf Stimmen. So wurden auch mit den Stimmen der KPD-Genossen und Nazis der erste und zweite Stellvertreter gewählt. Somit ist die Ehe Bürgerium-Nazis endgültig geschlossen worden. Der zweite Antrag der KPD-Fraktion, in dem verlangt wird, dem Bürgermeister für die Einstellung des vierten Polizeibeamten das höchste Vertrauen auszusprechen, diese Stelle aufzuheben, und die hierzu erforderlichen Mittel dem Winterhilfsfonds für

die Erwerbslosen zur Verfügung zu stellen, wird durch die Demagogie der Nazis abgelehnt. Hierbei gibt es zwischen den Braunhänden und der KPD eine scharfe Auseinandersetzung. Die Anträge der KPD, Winterhilfsforderungen für die Erwerbslosen, werden nach langer Debatte auf eine neue, am Dienstag dem 16. Januar stattfindende Sitzung verlegt. Hier soll genau eingehend darüber verhandelt werden.

Auch hier haben die Kommunisten gezeigt, daß sie die einzige Kraft sind, die die Arbeiterklasse mobilisiert gegen Sozialrealität und Faschismus.

## Kommunistische Präsidien in Lauchitz und Sohland

(Arbeiterkorrespondenz 1104)

In Lauchitz fand am 6. Januar die erste Gemeindevorstandssitzung statt. Als erster Vortrager wurde ein Kommunist gewählt. Ebenso wurde der erste und zweite Stellvertreter von Kommunisten beauftragt. Das Präsidium ist damit nur aus Kommunisten zusammengesetzt.

Auch in Sohland.

Wie in vielen Orten der Oberlausitz so unter anderem Othersdorf, Niederborsdorf und Friedersdorf, ist jetzt auch in Sohland ein Kommunist als Vortrager gewählt. In Sohland ist die kommunistische Partei zum ersten Male im Gemeindevorstand vertreten.

## Vormarsch in der Oberlausitz

(Arbeiterkorrespondenz 1106)

In Großbubrau fand eine von der Rote Hilfe einberufene öffentliche Versammlung, in der Genosse Friedrich Spach, der über 200 Personen nahmen das Referat mit Beifall auf. Die Aufnahmen für die Rote Hilfe, zwei Aufnahmen für die kommunistische Partei waren das Ergebnis dieses Abends. Auf dem wurden 8,50 Mark gesammelt und für 3 Mark Literatur abgekauft. Mit einem begeisterten Applaus, sich einzusetzen für den Kampf um den Sozialismus, schloß Genosse Friedrich seine mit Beifall aufgenommene Rede.

## Vorwärts im Thälmann-Aufgebot!

Die Ortsgruppe Magdeburg fordert die Ortsgruppe Wittenberg-Halle zum Wettbewerb heraus!

1. Werbung von fünf Mitgliedern für die KPD, davon zwei Frauen;
2. zwei Mitglieder für die KPD;
3. Festschreibung der Rote Hilfe und des JB durch einen Unterabteilung der Partei.

Zur roten Presseoffensive:

1. Werbung von drei Abonnenten für die Arbeiterstimme;
2. Werbung von fünf Abonnenten für das Volkswort;
3. Werbung von zwei Abonnenten für die WJZ;
4. Werbung von zwei Abonnenten für Weg der Frau;
5. Werbung von drei Abonnenten für die Kämpferin;
6. Werbung von drei Abonnenten für die Bauernzeitung.

Alles Stand der jetzt verbreiteten Presse ist:

1. Sechzehn Abonnenten der Arbeiterstimme;
2. 21 Abonnenten der WJZ;
3. zwei Abonnenten des Volkswort;
4. drei Abonnenten des Weg der Frau;
5. zwei Abonnenten der Kämpferin;
6. keinen Abonnenten der Bauernzeitung.

Kostendeckender Werbefest soll in der Zeit vom 6. Januar bis zum 31. Januar 1933 aktiviert werden durch Beschluß der gesamten Mitgliedschaft. Die Veröffentlichung hat sofort zu erfolgen.

## Bauen im Thälmann-Aufgebot

Die Zelle 5 der Ortsgruppe Bauen führte am vergangenen Sonntag wiederum einen Stadt- und Landwerbungsabend durch. Das Ergebnis war: 6 Mitglieder für die Rote Hilfe, außerdem fanden 73 Arbeiterstimmen, 11 Volkswort und für 2,20 Mark Schriften verkauft werden. Die Zelle 4 verkaufte 45 Arbeiterstimmen.

Was machen die anderen Zellen in Bauen? Wer will in Zelle 5 schlagen? Organisiert den Großverkaufstag am 21. Januar, um die Zelle 5 zu schlagen.

## Selbstmord und Selbstmordveruch

Auf der Jordanstraße ist gestern mittig ein 64-jähriger Mann in seinem Zimmer erhängt aufgefunden worden. Der Grund ist in Arbeitlosigkeit zu suchen.

Gehten er aber hat eine 33 Jahre alte Ehefrau von der Trauerstraße nach einem vorangegangenen Streit mit dem Mann 6 Schussmitteltabletten zu sich genommen. Sie ist auf der Straße taumelnd aufgetreten und in die Helf- und Pflegeanstalt übergeführt worden.

Ausschluss. Das Mitglied J. Schwahe wurde wegen organisationswidrigen Verhaltens um sofortiger Wirkung aus dem Arbeiter-Briefmarkenverein ausgeschlossen. Die Zeitung

# Braun-schwarz-rosae Koalition in Geitendorf

(Arbeiterkorrespondenz 1084)

Geitendorf, Am 2. Januar fand die erste Sitzung des neuen Gemeindevorstandskollegiums statt. Nachdem Genosse Ott die Erklärung abgab, daß wir Kommunisten in Anbetracht der arbeitsvertragsrechtlichen Politik der Vertreter der anderen Parteien einschließlich der SPD in Reich, Ländern und Gemeinden zu jeder Funktion unsere eigenen Kandidaten aufstellen werden, zeigte sich bei den darauffolgenden Wahlen bereits die enge Verbindung familiärer Parteien einschließlich der SPD. Der Nazi stimmte stramm und bran für das Zentrum und das Zentrum stimmte geschlossen für den SPD-Vorstandsvorsitzender als dritten Gemeindevorstandsvorsitzenden. Zum Dank dafür stimmten natürlich die Sozialdemokraten geschlossen für den Bürgermeister Müller als Vorstandsmitglied und damit war die Braun-schwarz-rosae Koalition hergestellt. Darüber können auch keine noch so radikalen

Redensarten hinwegtäuschen. Wie schrieben doch die Herren Sozialdemokraten, diese „hundertprozentigen Arbeitervertreter“, in ihrem Flugblatt, als unter Genosse Herzog einige Stimmen vom Zentrum erhielt und dadurch Gemeindevorstandsvorsitzender wurde? Und was erklärten einige Mitglieder der SPD stolz nach der Wahl? „Sollte ein Genosse nun aus uns den Stimmen der Bürgerlichen gewählt werden, dann wird der betreffende Genosse die Wahl einfach nicht annehmen“. Arbeiter, habt ihr etwas davon gemerkt? An ihren Worten und Taten sollt ihr es erkennen. Nieher nochmal mit Groener, als einmal mit den Kommunisten!

Nur die Arbeiter, kleinen Bauern und Mittelständler usw. überhaupt für alle Vorkämpfer muß dies ein Warnung sein. Nur die kommunistische Partei zu führen, um mitzukämpfen für den Sozialismus. Völlig die Arbeiterstimme und das Volkswort!

## Reaktionäre Einheitsfront von SPD bis Nazis

(Arbeiterkorrespondenz 1102)

Reichenau. In der ersten Sitzung des Gemeindevorstandes wurde ein rein bürgerlich-nationalsozialistisches Präsidium gewählt. Ein Antrag der KPD, der Rote Hilfe eine Ortsgruppe zu genehmigen, wurde von der bürgerlich-nationalsozialistischen Einheitsfront gemeinsam mit der SPD abgelehnt. Der KPD-Ortsgruppenleiter hatte nach berühmten Muster Leipzigs einen Arbeitsbeschaffungsplan eingebracht, der im Übrigen mit dem SPD dem Vorausgesetzt überwiegen wurde. Wie lange er dort liegen wird, können wir heute schon verraten. Aus der Arbeitsbeschaffung wird jedenfalls nichts. Die KPD wird in öffentlicher Versammlung zu den Massen Stellung nehmen und klar und eindeutig sagen, wie sich die Kommunisten den Ausweg denken.

## Gammlung zur Reichstags- und Kommunalwahl

(Quittung Nr. 23)

- Bisher wurden quittiert: 20.016,18 Mark Knauthain 7,26; Neugersdorf 7,49; Johna 1,35; Dittelsdorf 1,38; Markersdorf 5,61; Wagna 61,14; Reithain-Lösner 1.-; Reichenberg 2,16; Großbubrau 2,65; Riesa 4.-; Borsdorf 12,57; Chemnitz-Mittendorf 19,11; Borsdorf 1,20; Borsdorf 8,18; Bennau 2.-; Deutschneudorf 4,38; Ibarand 2.-; Kleinnaundorf 2,24; Wilsdruff 1.-; Wilsdruff 2,18; Schilchen 18,66; Chemnitz-Kappel 30.-; Hartmannsdorf b. Zw. 4.-; Kötha 3.-; Großschönau 12.-; Gersdorf 8,26; Leipzig 18,30,50; Leipzig 18,11,65; Leipzig 17,11,91; Borsdorf 40.-; Dresden 12,6,42; Brandis 1,98; GutsMuths-Bauarbeiten 67.-; Leipzig 9,6,23; Striebs 10.-; Schanbau 15,19; Klaffenbach 5.-; Oberhaindorf 5,30,18,12; Borsdorf 10,15. Insgesamt 20.379,93 Mark. W. Kasse.

## „Staat und Revolution“ als Massenbrochüre

Diese berühmte Schrift Lenins, in der er die marxistische Staatstheorie entwickelt und den Begriff der Diktatur des Proletariats klar umreißt, erscheint in der nächsten Zeit als Massenbrochüre, 80 Seiten, Preis 30 Pfennig. Kleiner verläumde, für diese wichtige Schrift bei seinem Utomann zu bestellen!

## Gorki und die „Börsezeitung“ oder „Kultur-bolschewismus in Gachyn“

Als am 2. Weihnachtstagsfest das „Einzelheft der geistigen Arbeiter und freien Berufe“ den größten lebenden Dichter, Maxim Gorki, durch eine Festschrift im Central-Theater anläßlich seines 40-jährigen Schriftstellerjubiläums ehrte, schloßen sich alle Dresdener Zeitungen, die sonst über jeden Druck, über jede Nationalitätsangelegenheit stehen und breit berichten, mit einer ausführlichen Besprechung aus. Jetzt lassen sich nun die Chemnitzer Allgemeine Zeitung und im Anschluß daran die Berliner Börsen-Zeitung erweisen und eröffnen eine Hehe gegen die mitwirkenden Künstler, besonders gegen die Mitarbeiter der Staatstheater Martin Hellwig und Walter Güter. Dieser Festschrift, die vollkommen frei von jeder Parteipolitik war, wird in den Artikeln dieser Zeitungen zu einer „ausgesprochen kommunistischen Veranstaltung“ gemacht. Beweis: Am Jubiläumstag sah man viel kommunistische Abzeichen. Die Antennen der Staatstheater organisiert demnach auch Stadtheater und Kammerspielstätten, denn zu den Aufführungen des Kriegsheldenstückes „Der 18. Oktober“ oder des reaktionären Kolbenzerstörers „Jagat Inu — ein Mensch“ sah man im Theater auffallend viel Parteiflaggen und Stadtheater. So sieht die Argumentation dieser achtbaren Hungenherren aus. Die Folge, die die Theaterdirektion und die Besenhalter nach am Tage vor der Veranstaltung auf den Burg-Platz kamen, und vier Kriminalbeamte zur Überwachung anordnete, konnte trotz der Abtötung zur Auflösung der Veranstaltung einen Anlaß abzu finden. Aber das hindert die Schmierfinken von der Allgemeinen Zeitung, Chemnitz, und der Börse-Zeitung nicht, diese kultur-bolschewistische Festschrift von „Kommunisten Angestellten“ der Kammerspielstätten der unabhängigen Behörden zu empfehlen. Um ihre Denunziation zu recht mitsprachvoll zu machen, leugnen sie sich einfach Behauptungen aus ihren

tintenbeschafften Fingern und lägen froh: „Die Teilnahme der zwei Schauspieler an dieser Veranstaltung... dürfte die Regierung darüber aufführen, daß einer bzw. zwei ihrer Angestellten oder Beamten in aller Öffentlichkeit Propaganda für Sozialismus und Kommunismus machen“ (im Original gesperrt, D. Red.). Damit bedaupten diese Herren, ohne jeden Anhaltspunkt dafür zu haben, daß die beiden Künstler auch sonst kommunistische Propaganda treiben, wofür die Teilnahme an der Festschrift ein Beweis sei. Eine famose Beweisführung. Diese Herrschaften, die immer dort, wo es sich um Kulturaktion und Kulturpolitik handelt, so etwas wie „eine Kunst“ proklamieren, können auf einmal hier den Begriff des „reinen künstlerischen“ nicht mehr, weil es zwei „Kunstfide“ Künstler gewagt haben, an einer Ehrung des proletarischen Dichters Gorki, der doch auch in bürgerlichen Kreisen als einer der größten lebenden Dichter überhaupt anerkannt werden muß, teilzunehmen.

Aber da doch nun einmal parteipolitische Betätigung (die hier nicht einmal vorliegt) bei Mitgliedern der Staatstheater ein so großes Verbrechen zu sein scheint, empfehlen wir der Kulturkommission und der späten Feder dieser Schreiberlinge einige andere solcher Fälle. An den Dresdener Staatstheater besteht eine sogenannte Theatertruppe der KPD. Schon zu Zeiten, da Herr Güter noch nicht seine Kapitalistenschwüre abgelegt hatte und diese „legale Arbeiterpartei“ noch in ihrer Demagogie dem beherrschenden Staat „schärfsten Kampf“ anlagte. Schon damals war Herr Güter wohl noch Schauspieler (Kantus, Strom leben!), Kunstwart der KPD für Sachsen, schon damals wirkten zu den „Kunsthänden“ der Nazis mit Suzanne Tombois (damals noch Mitglied der Staatsoper), Herr Kapellmeister Kurt Stieglitz und etwa ein Dutzend Mitglieder der Staatskapelle, Rudolf Schröder und der Herr Komparteiorganisator Bauer, alles Mitglieder der Staatsoper. Wir geben uns natürlich nicht der Illusion hin, daß die Parteimitglieder nun aus einem Gerechtigkeitsgefühl auch diese Leute, der Kammerspielstätten der unabhängigen Behörden empfehlen, höchstens zu besonders liebevoller Behandlung, denn die Tätigkeit der Nazis richtet sich ja nicht „leichten Endes gegen den Bestand des Staates“.

Wir aber empfehlen diese Hehe gegen fortschrittlich gefasste Künstler und die mitschuldig durch wohlwollende Duldung der „unabhängigen Behörden“ geförderten Intrigue der Nationalsozialisten an den für die Bourgeoisie aus dem Steuergrößen der

Arbeiterklasse subventionierten Staatstheater, der Aufrechterhaltung der revolutionären Arbeiterkraft.

## „Lumpentabaliere“

Im Ufa-Palast zeigt man diesen neuen Tonfilm. So und Palast, die bekannten dänischen Stars in den Hauptrollen. Der Tonfilm unterbreicht die Leistungen der beiden Rassen erheblich. Trotzdem ist dieser Humor kein betrübendes Lachen. Immer wird man von dem Einbruch gepackt, daß man es mit ein paar armen, gequälten Bettlern zu tun hat. Wenn auch die komischen Situationen überwiegen, aber es ist ja das Fehlen dieses „Kulturfilms“, Risch, zumindest aber viel Unmöglichkeit zu fabrizieren.

Im Parteiprogramm letzte man eine Zusammenfassung der letzten Filme „Kientopp am 1900“. Eine Einführung von Schriftstellers Walter Steinbauer vervollständigt den Film. Die Wochenchau macht wieder klar in Kriegsform. Es werden Bilder über die militärische Ausbildung (sonstiger Schulbildung) gezeigt. Daß es in Deutschland ähnliche Einrichtungen gibt, davon weiß die Ufa-Wochenchau anscheinend nichts. Ganz wir dafür, die Jugend zum Kampf gegen den militärischen Imperialismus reif zu mobilisieren.

## 70 Millionen Theaterbesucher

konnten die 301 Theater und etwa 8000 Klubs laut einer Mitteilung der „Moskauer Rundschau“ im letzten Jahr in der Sommerzeit besuchen. Kein Schauspieler ist erwerbslos! Eine große Zahl neuer Theater wurden gebaut. Die „Moskauer Rundschau“ berichtet regelmäßig über die Entwicklung des Theaters in der UdSSR und ist zu beziehen durch ihre deutsche Ausgabestelle Berlin W 8, Wilhelmstraße 48.

Opernhaus. Maria Trogan sang in Richard Strauß „Kriemhild auf Rußes“ die Zerbinetta. Das ist eine tolle Sängerin. Ihre meisterhafte Beherrschung der Koloratur bewies man nun die Sängerin Trogan als eine ebenbürtige geforderte Schauspielerin kennen und hier wird aus diesen beiden Komponenten ihre berühmte gemiddene Zerbinetta. In der von Ufa gezeigten Aufführung waren auch die anderen tragenden Partien (Flora Kuznetsov (Arbunde), Max Lorenz (Bachus) und Eisa Stünzner (Der Komponist) glänzend besetzt.



## UB Freitag

## Alle

Am Sonntag Unterbezirksparlament waren neben den alten Betriebsunterbezirk in diesen beiden

Aktionen

Gen. Zeilem Konferenzen über den Betrieb der Rote Hilfe. In seinem Referat betonte die Arbeit der Rote Hilfe und die Bedeutung der Betriebsunterbezirk. Unter dieser Maßnahme in den Betriebsunterbezirk

goldenen werden der Bildung in Besetzung von Posten. In den Betriebsunterbezirk

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.

Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk. Die Mitarbeiter werden in den Betriebsunterbezirk.



# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



## UB Freital und Pirna mobilisieren

# Alle Kräfte zur Eroberung der Betriebe!

Von Sonnabend und Sonntag tagen in Freital und Pirna Unterbezirksparitätarbeitskonferenzen. Auf beiden Konferenzen werden neben den Funktionären der Unterbezirkskomitees außer allen Betriebsstellen auch fast alle Ortsgruppenleiter der Unterbezirke teilnehmen. Diese Konferenzen werden der Aufgabe dienen, die Unterbezirke für die

### Führung der Kampagne zu den Betriebsratswahlen.

Gen. Fielmann von der Bezirksleitung referierte in beiden Konferenzen über die gegenwärtige politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Schlichterorganisation und der Rolle des Sozial- und Nationalsozialismus in Deutschland. In seinem Referat spielte die Eroberung der Betriebe die wichtigste Rolle und damit die konkrete Arbeit, die uns zu dieser Eroberung führt, die größte Rolle. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Eroberung des entscheidenden Teiles des Proletariats und damit für die beiden Unterbezirke die Eroberung der Arbeiterkraft in den wichtigsten Betrieben.

Unter härtester Massenmobilisierung muß erreicht werden, daß in den Betrieben

### Einheitsfronten des revolutionären Proletariats unter Einbeziehung aller Schichten der Arbeiterkraft

geschaffen werden. Unsere roten Betriebsräte müssen in der Bildung von Abwahlschüßen, Berücksichtigung vor der Besetzung usw. beispielgebend für die gesamte Arbeiterkraft vorangehen. In der Partei müssen sich alle Kräfte sofort mit den Betriebsratswahlen beschäftigen.

Die Agitationsabteilungen bzw. Kommissionen müssen für jeden Betrieb einen konkreten Mobilisierungsplan (Betriebsbesetzungen, Streikflugblätter und andere Agitationsmaterialien) vorbereiten.

Die Propagandakommissionen müssen für die betriebsbetätigten Gewerkschaften, vor allem für die kommunistischen Betriebsratsfunktionäre, Rufe anheben.

Die Ortsleiter bzw. Kommissionen müssen dafür Sorge tragen, daß für jeden Betrieb ein Instruktor persönlich gemacht wird, der die Initiative ergreift bei der Mobilisierung der Partei und Massenorganisationen zur Eroberung der Arbeiterkraft. Diese Instrukturen müssen auch Beratungen durchführen mit gewerkschaftlich organisierten und parteilosen Arbeitern und so von Anfang an unseren Aktionsradius erweitern.

Die Komparteilisten müssen konkrete Verbindungen mit den Betriebsräten und ihren lokalen Organe, daß die Betriebsratswahlen vorbereitet werden; die Gewerkschaftsabteilungen mit den Betriebsräten, die Verbände, die Verbände nehmen Teil an den Gutsratwahlen, die Frauenabteilungen mit den Betrieben, in denen in erster Linie Arbeiterinnen beschäftigt sind usw.

Darüber hinaus müssen die kommunikativen Funktionen in allen Massenorganisationen mobilisiert und dafür Sorge getragen, daß die Mitglieder dieser Massenorganisationen für die Betriebsratswahlen mobilisiert werden.

In der Diskussion, an der sich auf beiden Konferenzen in erster Linie Betriebsarbeiter beteiligten, wurden durch praktische Vorschläge und Wiederholung von Erfahrungen der Parteifunktionäre die Ausführungen des Genossen Fielmann unterstrichen und konkretisiert.

Beide Konferenzen lauten den Beschluß, jedes Betriebe in jedem UB besonders zu bearbeiten.

### Unterbezirk Freital:

Spinnerei Cohnmannsdorf, 1200 Mann Belegschaft  
Carola-Schacht, Freital, 800 Mann Belegschaft  
Guth-Stahlwerke, Freital, 450 Mann Belegschaft  
Siemens-Glas, Freital, 200 Mann Belegschaft  
Thüringische Papierfabrik, Hainroth, 400 Mann Belegschaft.

### Unterbezirk Pirna:

Rüttner AG, Pirna, 1500 Mann Belegschaft  
Krause & Baumann, Griebensau, 1200 Mann Belegschaft  
Papierfabrik Sebnitz, 700 Mann Belegschaft  
Hoch, Pirna, 450 Mann Belegschaft  
Hoch, Königstein, 450 Mann Belegschaft  
Hoch, Griebensau, 300 Mann Belegschaft.

Die Konferenzen beschließen, daß alle Parteieinheiten der UB sich sofort auf die Eroberung der Arbeiterkraft in diesen Betrieben konzentrieren, daß diese Betriebe kurzfristig gemacht werden müssen als die entscheidendsten Betriebe im UB für die kommunistischen Betriebsratswahlen. Beschlüsse werden, neben der Einbeziehung von Strohbrigaden, die von den Parteieinheiten vom UB herbeigeführt werden, daß alle Ortsgruppen (Streikzellen) folgende Aufgaben sofort durchzuführen haben:

1. Es muß festgestellt werden, welche Genossen in diesen Betrieben beschäftigt sind. Die Genossen sind mit Namen und

Werkstelle, und nach Möglichkeit mit der Angabe der Abteilung des Betriebes, sofort der zuständigen UB zu melden.

2. Die Parteieinheiten am Ort muß mit den Fraktionen der Massenorganisationen am Orte Rücksprache nehmen und sofort vereinbaren, daß diese Massenorganisationen ihrerseits ebenfalls eine Kontrolle ihrer Mitgliedschaft vorzunehmen und feststellen, welche Arbeiter in diesen genannten Betrieben beschäftigt sind.

3. Alle Ortsgruppen und Streikzellen müssen bei ihrer Arbeit feststellen, welche Arbeiter aus ihrem Orte in diesen Betrieben arbeiten und die gesamte Arbeit auf diese Arbeiter konzentrieren. Die

### Durchführung des Thälmannaufgebotes

muß in der Form vorgenommen werden, daß jede Streikzelle sich einige Arbeiter, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, besonders vornimmt und sie so weit als möglich bearbeitet, daß sie, wenn auch noch nicht bereit sind, in die Partei einzutreten, so doch bereit sind, in der revolutionären Front, in den Massenorganisationen, mitzuarbeiten.

4. Sämtliche Agitationsarbeiten in diesen Unterbezirken sind in erster Linie zu führen vom Gesichtspunkt der Eroberung

## Ueber 100 Delegierte

sind bisher zu der Oppositionskonferenz gemeldet, die am 15. Januar in Dresden, vormittags 9 Uhr, im „Elorado“, Steinstraße 15, tagt. Alle Betriebe, Gewerkschaftsorganisationen und Orte im Bereiche der Dresdner Ortsvereinigungen, müssen zu der Konferenz Stellung nehmen und Delegierte wählen.

# Die Bauarbeiter vor neuen Kämpfen

Schumann gebärdet sich „radikal“. Sendet Delegierte zur Oppositionskonferenz am Sonntag in Dresden!

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor einigen Tagen fand eine Mitgliederversammlung des Bauarbeiterverbandes Dresden statt, in welcher Schumann Bericht gab, über die Verhandlungen der Bauarbeiter mit den Bauherren. Die Verhandlungen haben nicht zu einer Einigung geführt, sondern nur zu einer weiteren Vertiefung der Krise. Schumann hat in dieser Versammlung seine „radikal“ gebärdete Haltung gezeigt.

Bei seiner Rede enthielt er auch eine Reihe Dinge, die den Mitgliedern bisher noch unbekannt waren. So hat er die Kündigung des Tarifs im Sommer-Gewerkschaftsverhandlungen festgestellt und den Bauherren die Absicht angedeutet, die Bauarbeiter zu entlassen, da die Bauherren erklärten, sie hätten sich nicht mehr allein zuständig, da ihre Organisation nur noch 200 Mitglieder in Dresden habe.

Bei den Lohnverhandlungen im Dezember ging es nach dem üblichen Schema, die Arbeiter forderten 16 Pfennig Lohn-erhöhung, mit 6 gegen 4 Stimmen ist dann beschlossen worden, daß die alten Löhne bis März weiter gelten. Im Frühjahr

der Arbeiterkraft in diesen Betrieben. Die UB-Konferenzen appellieren an alle Kommunisten und Mitglieder der Massenorganisationen, alles zu tun, um den Arbeitern, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, in erster Linie zu zeigen, wo der Ausweg aus Not und Elend ist. Das kann nur geschehen, wenn wir in enger Verbindung mit der Arbeiterkraft dieser Betriebe stehen.

Die UB-Konferenzen haben leibhaftig festgestellt, unterstrichen, daß nicht nur die Bearbeitung dieser Betriebe liegt, sondern daß die Bearbeitung dieser Betriebe in erster Linie stehen muß.

Die UB Pirna nahm einen Wettbewerbentwurf an, den das Instruktorgebiet Pirna an die anderen Instruktorgebiete geschickt hat. Dieses Instruktorgebiet verpflichtet sich, bis zum 1. Februar, d. h. bis zum Ablauf des Thälmannaufgebotes, in den wichtigsten Betrieben in Pirna Betriebsräte in der Form festzustellen, die in den Betrieben KGO-Gruppen und in einem Betrieb eine Jugendzelle zu schaffen.

Auf der Konferenz wurde mitgeteilt, daß der kommunistische Jugendverband in einem der wichtigsten Betriebe im Instruktorgebiet eine Jugendzelle geschaffen hat, in der zehn Jungarbeiter erzieht sind. Die Konferenzen brachten zum Ausdruck, daß dann, wenn die Partei konzentriert an die Arbeit geht, auch Erfolge zu verzeichnen sind.

Gen. Fielmann unterstrich in seinem Schlußwort, daß es notwendig ist, daß die Parteieinheiten nicht nur solche Beschlüsse fassen, sondern daß jede Betriebs- und Streikzelle sich im Rahmen ihrer Tätigkeit überprüft, was sie tun muß, um die gefassten Beschlüsse zu realisieren. Gen. Fielmann bemängelte, daß bei dem Parteiparitätar nicht wohl 6 Wochen im Vorfeld gegangen sind, daß aber noch sehr wenig Parteieinheiten zu den gefassten Beschlüssen Stellung genommen haben, daß sie sich nicht bestimmte Aufgaben gestellt haben.

Diese Konferenzen, die der Waffentakt für die Betriebsratswahlen in diesen Unterbezirken waren, haben gezeigt, daß die Partei erkennt, daß an der Betriebsfront die wichtigsten und entscheidendsten Schichten geschlagen werden. Die Betriebsratswahlen müssen unter der härtesten Massenmobilisierung durchgeführt werden. Die Partei muß in diesen beiden Unterbezirken wie in der Gesamtpartei die Betriebsratswahlen vorbereiten, als handelte es sich um eine Reichstagswahl.

# „Winterhilfe“ mit Lohnabbau

Ungeheure Ausbeutung der Arbeiter bei Herstellung der Wohlfahrtslofe. Heiarbeit unter Polizeiaufsicht

(Arbeiterkorrespondenz)

In den Räumen der Druckerei Thüring & Möbius, Dresden, werden die Vorkosten für die Winterhilfe-Wohlfahrtslofe angefertigt, für die die höchste Inanspruchnahme der Arbeiter im Bauwesen eine schreckliche Propagandaarbeit heißt. Es wird in zwei Schichten auch Sonntags, unter der Kontrolle von Kriminalbeamten gearbeitet. Der Tagelohn beträgt 52 Pfennig, es werden aber nur 47 Pfennig ausbezahlt. Für 16 Pfennig pro Stunde werden von dem Unternehmer für die Winterhilfe einbehalten.

So sieht die sogenannte Winterhilfe in der Praxis aus. Heiarbeit, Abbau der Hungerlöhne, handliche Behandlung der Arbeiterinnen. All dem wird dann auch noch der Mantel einer „Hilfe für die Erwerbslosen“ umgehängt.

leben also die Bauarbeiter vor neuen Kämpfen, da die Unternehmer neben dem Lohnabbau eine neue Arbeitsloseinstellung haben wollen. Zum Schluß erklärte Schumann: „Der alte Kampfgeist muß wieder bei den Bauarbeitern einschleichen. Wir müssen nachsehen, welche Lohnverhandlungen zu erwarten sind und wenn auf der linken Seite die Arbeiter sind.“ Die Mitglieder werden im Frühjahr Schumann beim Wort nehmen. Da wird sich zeigen, daß er gar nicht daran denkt, seinen radikalen Reden die Tat folgen zu lassen. Die Mitglieder müssen, daß die Gewerkschaftsführer bisher jeden Streik sabotiert haben, um den Wirtschafts-frieden nicht zu gefährden.

An der Opposition liegt es nunmehr, in den nächsten Wochen die gesamte Mitgliedschaft zu mobilisieren und sie davon zu überzeugen, daß gegen einen neuen Lohnabbau nur der Kampf der gesamten Bauarbeiterkraft in Frage kommen kann. Schlichte auch daher der Opposition an. Heraus zur Oppositionskonferenz am 15. Januar in Dresden.

# Die Bonzen fürchten die Betriebsratswahlen

Sie wollen die SPD-Betriebsfunktionäre „innerlich“ zum Kampf gegen die Einheitsfront kürzen

Die Betriebsratsgruppe des Ortsausschusses des SDGB in Dresden hat an die freigeberischen Betriebsräte ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es heißt:

„Das Jahr 1933 wird mehrere sozialpolitische Entscheidungen bringen, die für die Gewerkschaftsbewegung und somit für die gesamte Arbeiterklasse von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehört vor allem die Betriebsratswahl, die wahrscheinlich im kommenden Monat März stattfinden wird. Die extremen politischen Gruppen (I) werden zweifellos bei dieser Gelegenheit alle Anstrengungen machen, um ihr Partei-tüppchen an dieser sozialpolitischen Wahl zu fassen. Da es diesen Elementen auf eine ernste soziale Mitarbeit zum Nutzen der Arbeiterklasse erfahrungsgemäß gar nicht ankommt, sondern nur auf den politischen Effekt für ihre Partei, muß von unserer Seite alles getan werden, um diese Zerstörungsarbeit der Ultraextremen ein für allemal unmöglich zu machen. Wir dürfen uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß diese Aufgabe keine leichte sein wird.“

Es werden dazu alle Kräfte benötigt, die mit voller innerer Überzeugung Gewerkschaftler sind. Insbesondere müssen unsere Kollegen von den Betriebsvereinigungen für eine kommende Wahl alle Vorbereitungen treffen und sich auch entsprechend innerlich darauf vorbereiten. Dazu bieten die Veranstaltungen der Betriebsratsgruppen, die vom Ortsausschuss des SDGB im Einvernehmen mit den zuständigen Gewerkschaften, seit Beginn des Betriebsratsjahres abgehalten werden, die beste Gelegenheit.“

Mit den so saghaft bezeichneten „extremen politischen Gruppen“ ist leibhaftig nicht nur die Gewerkschaftsopposition gemeint. Den roten Betriebsräten kommt es allerdings nicht auf eine „schlichte und ernste Mitarbeit“ im Sinne der Gewerkschaftsführer an, die darin besteht, daß sie die SPD-Betriebsräte annehmen, beim Lohnabbau, bei den Massenentlassungen und allen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen „mitzuarbeiten“.

Den oppositionellen Betriebsräten kommt es dagegen darauf an, die rote Einheitsfront der Belegschaft zum Kampf gegen Lohnraub und für die Forderungen der Arbeiterkraft zu mobilisieren.

Das möchten die Bonzen gern „ein für allemal unmöglich machen“. Doch es wird ihnen nicht gelingen. Das Rundschreiben beweist, wie groß die Furcht der Bonzen vor den kommunistischen Betriebsratswahlen ist. Erklären sie doch selbst, daß es „keine leichte Aufgabe“ sei, die Herstellung der roten Einheitsfront in den Betrieben, bei den Betriebsratswahlen zu verhindern. Selbst die Gewerkschaftsführer halten es für notwendig, die sozialdemokratischen Betriebsräte entsprechend innerlich auf die Wahlen vorzubereiten, weil sie wissen, daß selbst in den Kreisen der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre die Empörung über den Lohnraub Platz greift.

Für die Gewerkschaftsopposition müssen die verweigerten Anstrengungen der Gewerkschaftsführer ein Hindernis sein, nur erst recht in allen Betrieben dafür zu sorgen, daß nur oppositionelle Betriebsräte gewählt werden und die Betriebsratswahlen zu einer Zerschlagung mit dem Vorkauf der KGO-Führer zu gestalten.

Die Belegschaft darf diese ungeheuerlichen Ausbeutungsmethoden nicht länger dulden. Sie muß sich einheitlich und geschlossen zur Wehr setzen. Denkt an die ungeheure Ausbeutung, die an den Arbeiterkräften getrieben wird, wenn ihr die grünlich maskierten Vorkäufer auf der Straße lauern, die in Wind und Wetter für ein paar Pfennige strecken und drücken müssen.

Organisiert den gemeinsamen Kampf aller Arbeitlosen und Betriebsbetätigten gegen Hunger und Frost.

## Lohnraub an den Gastwirtsangestellten

(Arbeiterkorrespondenz 1100)

Dem Ortskomitee Kamenz der RGO gingen in letzter Zeit aus Dresdener Gastwirtsangestelltenkreisen, die der RGO nahesteht, Berichte zu, die über skandalöse Verhältnisse in dem hiesigen Gastwirtsgewerbe berichten. So wird uns vom Dresdner Reibendy-Kaffee geschrieben, daß den dortigen Hausangestellten der Lohn der vor dem 1. Dezember 1932-33 März monatlich betrug innerhalb kurzer Zeit 16 Mark, also um 46 Prozent gekürzt wurde.

Die Besizerin des Reibendy-Kaffees, das sich auf der Johannstraße befindet, „begünstigt“ diese Maßnahme damit, daß der Lohn der Gastwirtsangestellten abzulassen sei, und der Lohn „nach Leistung“ gekürzt werde. Die üblichen Ausreden um einen Lohnraub schmackhaft zu machen. Aber es kommt noch besser. An beiden Weihnachtsfesten betrug die durchschnittliche Arbeitszeit 10 Stunden am Tage. Die Angestellten erhielten als „Einsparung“ für die 10stündige Arbeitszeit und den 40prozentigen Lohnraub ein fünfjähriges Weihnachtsgeld, das sich legen lassen kann. Es ist bekanntlich so, daß zum Lohn nach der Spott kommt. Das Weihnachtsgeld lag so aus: Es erhielt jeder Angestellte einen Stollen von 2 Pfund, den sie kaum essen konnten, 4 Äpfel, 6 Nüsse und 1 Tafel Weizen-tuchen. Aber das läßt sich noch noch hinterher. Den Stollen belagern sie deshalb, damit die Frau Besizerin den Kaffee nicht zum Kaffee geben braucht.

Die Dresdner Gastwirtsangestellten müssen sich gegen die Ausbeutung, die in allen Betrieben beständig getrieben wird, in einheitlicher Front zur Wehr setzen.

## Berichtigung

In dem Artikel „Vorbereitungen in der ‚Bulgaria‘“ ist uns eine Namensverwechslung unterlaufen. Nicht Frau Klinger, sondern die Funktionärin Weitz, genannt Wirtz, hat die Tafel mit dem Werbematerial in der Straßenbahn stehen lassen.



# RUND UM DEN ERDBALL

## Finnische Infestung in die Luft geflogen

Riesenmengen von Munition explodiert — Sieben Kasernen mit Festungsbauten niedergebrannt  
Schneesturm verhinderte Rettungsversuche — Wahrscheinlich viele Todesopfer

Helsingfors: Etwa 10 Kilometer von Helsingfors entfernt, hat sich mit ohrenbetäubendem Donner, mit riesigen Feuergeräuschen und Rauchwolken auf dem am westlichen Ufer des Suomen-Inseles eine gigantische Explosion ereignet. Eine der Kasernen und größten finnischen Festungen, die Infestung Mac Elliot ist mit ungeheurer Gewalt in die Luft geflogen!

Der Riesenexplosion war ein plötzlich ausgebrochener Hochwasser vorangegangen, das auf die Munitionslager übergriff. Da diese Infestung der antihilfswilligen finnischen Militärs von ganz besonderer Bedeutung bei einem eventuellen Krieg mit der Sowjetunion ist, hat man hier naturgemäß geradezu ungläubliche Mengen von Munition und Waffen aufgestapelt. Die Explosionen und Feuer-



Das Kreuz bezeichnet die Lage der Festungsanlagen

gucken waren so mächtig, daß man sie bis weit aufs Festland fortwährend sehen und hören konnte.

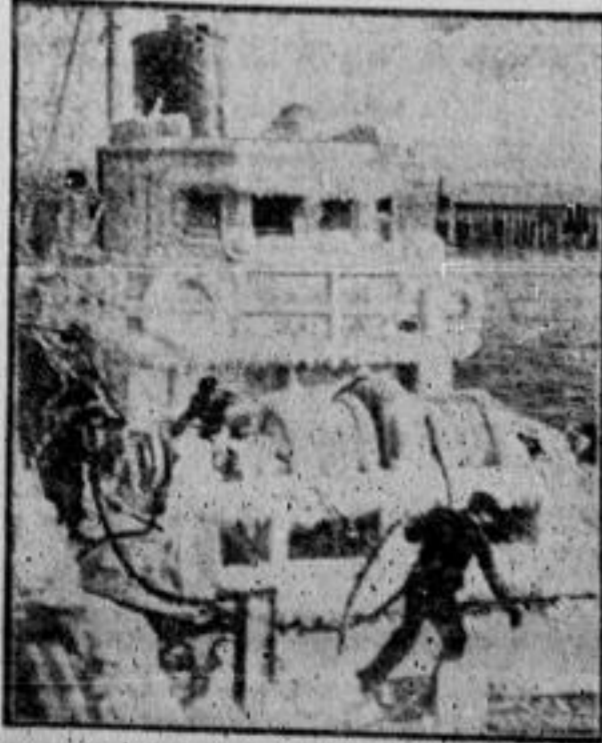
Das Feuer, das zu der Explosion führte und über dessen Ursprung nur vage Vermutungen vorliegen, war in der Nacht zum Dienstag ausgebrochen. Infolge eines schweren Schneesturms, der gerade zu dieser Zeit tobte, war bisher jede Annäherung der Beobachtungsschiffe unmöglich. Auch die Telefonverbindungen zum Festland zur Festung sind durch die Explosionen zerstört.

Die Infestung Mac Elliot, deren geographische Lage nicht allzu weit von Helsingfors entfernt ist, ist von den finnischen Militärs nach der Fertigstellung der Festungsanlagen im Jahre 1918 mit ungeheuren Summen wieder errichtet worden. Mac Elliot war eine der modernsten Festungen, die es überhaupt gibt. Ihre besondere Bedeutung erlangte sie noch dadurch, daß sie der Festungshauptstadt vorgelagert ist.

Nach bisher vorliegenden Meldungen weiß man, daß auf der Infestung sieben Kasernen und fast alle übrigen Festungsbauten völlig zerstört sind. Doch dabei die allerschwersten Verluste an Menschenleben wahrscheinlich sind, ist klar. Denn die Kasernen waren voll besetzt mit Militärs aller Waffengattungen.

Wohl gerade wegen dieser fürchterlichen Opfer, die hier inmitten heftigster Kämpfe der finnischen Bourgeoisie

### Fischdampfer in Eis



Nach der Heimkehr vom Fang in den Maren von Bostom: wie man sieht, ist das Schiff durch die Käse nach schwerer Fahrt völlig vereist

stetig hingerodet wurden, bewahren die finnischen Behörden vorüberhand noch stilles Schweigen. Zerfetzte Leichen, Schwerverwundete, Verblümmelte, Verbrannte, vor Entsetzen Schreie, sind ja auch gewiß kein brauchbares Werbemittel für die wachsende Kriegsbete.

Mac Elliots Lichter explodierende Munition- und Waffenlager haben erneut mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß in den fast ausschließlich brennbaren überaus zu Tausenden und Zehntausenden solche Kriegsanstalten lauern. . .

### Aus Versehen erschossen!

Berlin. Ein tragischer Vorfall spielte sich in Fredersdorf ab. Dort erschoss ein 33jähriger Nachtwachbeamter Otto Heise aus Versehen seinen 28 Jahre alten Kollegen Karl Stödel aus der Boglerstraße in Fredersdorf.

Nach dem Überfall auf die Stationskasse Küdersdorf, der sich vorgerichtet ereignete, befand sich Stödel auf einem Rundgang, auf dem er auf zwei verdächtige Männer stieß. Diese schossen auf Stödel, als dieser die Fremden antrat. Der Wächter erwiderte das Feuer, hatte jedoch beim fünften Schuß eine Verhinderung. Als er heute seinem Kollegen Heise die Waffe zeigte, mußte dieser sie reparieren.

Dabei ging der Schuß los, und das Geschick barg Stödel in den Äpfeln, in das der Getroffene, der jung verheiratet ist und ein sechs Monate altes Kind besitzt, sofort tot zusammenbrach.

### Wieder ein Dampfer gestrandet

Auf dem Hornriff bei der Insel Ameland ist in der Nacht zum Montag der finnische 2000 Tonnen große Holzdampfer „Alexa“ aus Siboga gestrandet. Im Laufe des Montag wurden zehn Mann der Besatzung samt drei an Bord befindliche Frauen von einem Rettungsboot aufgenommen. Man fürchtet, daß das Schiff verloren ist.

## Schwere Eisenbahnkatastrophe in Bukarest

Etwa 15 Tote — 30 Verletzte — Weitere Reisende noch unter Trümmern im Schnee begraben

Am Dienstmorgen kam es zu einem katastrophalen Zusammenstoß kurz vor dem Valcester Hauptbahnhof. Der aus Temeswar kommende Schnellzug fuhr in den aus Temeswar kommenden Personenzug in voller Fahrt von hinten auf.

Der Personenzug war an den Eisenbahnhauptbahnhöfen des Bahndahrs infolge harter Schneewerchungen festengelassen. Infolge dessen wurde ein Teil der Wagen abgescupelt und von der Weiche in den Hauptbahnhof geschleppt. Wenige Augenblicke später fuhr der ebenfalls aus Temeswar einlaufende Schnellzug mit voller Fahrt auf die festengelassenen Wagen des Personenzuges auf. Die Wagen wurden zum Teil zertrümmert. Die letzten fünf Waggons waren völlig ineinandergecrasht.

Der Eisenbahnhauptbahnhof war nach einer weiteren Waggung so bedeckt, daß eine Anzahl von Reisenden durch die geschloffenen

## SPD.-Brolat meineidig

Die Nachwehen des Sklarcks-Skandal

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht in Berlin hat Voruntersuchung in der Meineids-Affäre des vor zwei Wochen verhafteten SPD.-Direktors Fritz Brolat abgeschlossen. Ein Staatsanwalt hat die arbeitslose Anklage wegen Meineid erhoben worden.

Die strafbare Handlung wird darin erblickt, daß Brolat am 30. Oktober 1929 zu Protokoll des in der Sklarck-Affäre amtierenden Staatslichen Untersuchungskommissars, Oberregierungs-Tapoffizier, unter Eid bekundet hat, er habe seit dem Dezember keine Anklage unmittelbar bei der Firma Kessler & Nachb. geleistet und auch bejaht, er habe außerdem die Direktoren der Firma nur vom dienstlichen Verkehr her, und auch da nur flüchtig, kennt, und habe schließlich von den Brüdern Sklarck kein Gehalts erhalten oder ihnen gemacht.

## Millionärs-Selbstmord in Paris und Vorfällen-Selbstmord in Berlin

Eines der bekanntesten Mitglieder der Pariser kommunistischen Kolonne, der 39jährige Robert Ehrmann, ein Bruder des ersten Präsidenten der Republik Panama, hat unter sehr trüben Umständen Selbstmord verübt. Robert Ehrmann war der Tochter des argentinischen Milliardärs Frias verheiratet. Ehrmann brachte sich eine lebensgefährliche Schussverletzung in der Gegend bei, der er nach kaum einer Stunde erlag.

In Charlottenburg wurden der 61jährige Kaufmann in Berlin Rudolf Ludwig Krone und seine Schwester Elisabeth Schmitt, durch Gas vergiftet, tot aufgefunden.

## Kleine Meldungen

### Eine Graisin ermordet

Reipzig. Hier wurde in der Schöffelstraße die 78 Jahre alte Witwe des Lehrers Jaulich in ihrem Bett ermordet aufgefunden. Der Selbstmord deutet darauf hin, daß Raubmord vorliegt. Von dem oder den Tätern fehlt noch jede Spur.

### Falschmünzer verhaftet

Nordhausen. Die Polizei nahm einen früheren Studenten an eine gefälschte Ehefrau aus Nordhausen fest, die in wahren Nordhäuser Geldstätten falsche 50-Mark-Stücke im Umlauf gesetzt hatten. Bei den Festgenommenen wurden 76 Falschstücke aufgefunden.

### Wieder 12 Leichen aus der „Atlantique“

Aus dem Dampfer „Atlantique“ wurden am Montag 12 Leichen geborgen, so daß nunmehr insgesamt 14 Opfer gefunden wurden. 10 von ihnen können nicht als erkannt werden. Das Feuer auf dem Dampfer ist erloschen.

In Bord eines portugiesischen Fischdampfers explodierten in der Höhe von Kap Espichel ein Kessel. Von der 60 Mann Besatzung wurde einer getötet und 13 wurden verletzt.

Tageszeitung Verbreitung

9. Jahrgang

Dre

am 10. Jan

De

Die geistige De... festhalten der wach... Kämpfe gegen das... gegen Hunger und... gegen im vergang... verzeichnen konnte.

Schon am frühen... Stadteilen aus den... den Gemeindeflecken... Transparente mit... plak zu ziehen. Hier... formierte sich der... letzten Teilzüge, r... einschmelzenden M...

Der ganze Zug be... Schreie von Arbeit... vergeblich abdrängen... leuchtend zu einem... trahen der Stadt, in... brausenden Kampfr... Zuge nachherenden... Geringer, der Eisenb... Kampfrufen von den... stützt. Unentwegt erhe... und Woll! — „Fort... und land ein taubbla... durchgehenden Arbeit...

So schweberte die... feinden des Proletariats... Abgleich der Demant...

W-Hand... Fe

Wir erhalten folg... Nach einer hier ei... die Subtilen Welle de... sozialistischen Rüstung... wäbern, mit denen er...

So wird die unlich... den Feindern befehl... offenkundig, so sehr i... bemüht hat, sich von der... Seit Wochen umgeh... langnahmen mit dem h... geben Hinweis: „Wir... terlung ein...“

Wie sich der Frei...

Gleichzeitig versap... alljährlich ein elendes... immer bitter über... häßlich neuen Anflagen... schänden versucht. All... gezogen worden, um h... Schicksal geheimnisvolle... in der heimlich hant... (schreit) sollen bewirken... folgt: „No, vielleicht Red...

Aber diese Spezialit... auf die Angehörigen der... zu der „Freiheitskamp... einer geistigen Wuppab...

Nun ist in Berlin... Sturm 98 aus Spandau... dem Ruf: „Mit Front!... Kameraden erschlagen... eines Kommunisten i... in Kalifornien, trü... bell in die ganze Ang...

Was soll denn diese... Erzählung? Nichts andere...

## Von Nazi-Prinzen ausgebeutet, jetzt auf die Straße

51 Jahre im Dienst der Hohenzollern — Die späte Erkenntnis des 72jährigen Dieners

Reisdam. Eine Verhandlung auf dem hiesigen Amtsgericht hat erneut einen Blick in die ausbeuterische, skrupellose Handlungswelt jener hohenzollernischen Prinzenfamilie gewährt, deren Exploitation die Republik fürchterlich überforderte und die sich längst in italem Einklang mit den Kapitalisten befinden. Der 72jährige Postbeamte Albert Fuch aus Klein-Sienitz klagte gegen die Hausverwalterin der Prinz Friedrich Leopoldin Erbprinzen.

Der heute schon schwächliche Herr, noch vom Prinzen Friedrich Karl als Kellner der Schlosskitchen in Klein-Sienitz angestellt, hat 51 Jahre im Dienst der Hohenzollern verbracht. 51 Jahre hat er von Fäden träumen müssen mit seinen nützlichen Kollegen. Seit Tag und Nacht darüber nachdenken müssen, daß niemand vom „Hof“ ohne die prinzipiellen Güter befreit. Und jetzt, nachdem er in ein halbes Jahrhundert lang ausgebeutet haben, mehren ihn die Herren von Hohenzollern auf die Straße.

Seit fünf Monaten hat der alte Fuch kein Gehalt mehr bekommen. Im Gegenteil, Prinz Friedrich Leopoldin Sohn

hat dem 72jährigen Fuch und dessen Frau die Wohnung im Schlosspark, die aus zwei Zimmern und Küche besteht, gestiftet. Der verarmte Herr Fuch, dem es in der Weimarer Republik nicht eben erging wie einem Wohlstandesprinzen, besaß die Wohnung jetzt für einen jungen Kapitalisten, der von Fuch den Prinzen selbst überlassen soll.

Der 72jährige Fuch machte vor Gericht geltend, daß er über die Wohnung verlassen wurde, bevor ihm nicht kein mühsames Gehalt ausgezahlt, ihm keine Verrentung gezahlt, keine Pension gezahlt und er nicht von Kapitalisten ausgebeutet wurde in seinen Jahren zurücklegen können.

„Das ist ja ein Skandal“, rief in später Erkenntnis der Herr aus. „51 Jahre hat man gearbeitet, und jetzt will man mich auf die Straße werfen!“

Das Gericht hat noch nicht entschieden. . .

Verantwortlich: Alfred Gumbel, Berlin